

Aus dem Inhalt

Europa nach den Wahlen	1
Wohin steuert Europa?	6
Europäischer Rat: Keine neuen Wege	8
Europäisches Semester –	
Länderspezifische Empfehlungen	11
Möglichkeiten der Geldpolitik	15
Schicksalshafte Beziehung: Deutschland und Europa	18
Plädoyer für eine Vermögenssteuer	22
Buchbesprechung	24

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Nach der EU-Wahl muss sich Europa ändern: Sandra Breiteneder analysiert die neuen Mehrheitsverhältnisse, Christa Schlager fordert einen Politikwechsel. Der Europäische Rat vom Juni 2014 lässt diesbezüglich jedoch (noch) keine Hoffnung aufkommen (Norbert Templ), das gilt trotz einiger guter Ansätze auch für die länderspezifischen Empfehlungen (Norbert Templ). Dabei stößt die Geldpolitik an ihre Grenzen (Elisabeth Blaha). Erneut widmen wir uns der Rolle Deutschlands und seiner zentralen Verantwortung zur Überwindung der Krise (Norbert Templ). Dass immer mehr Menschen davon überzeugt sind, dass ohne Verteilungsgerechtigkeit die Krise nicht lösbar ist, zeigt das enorme Interesse an Thomas Pikettys Plädoyer für eine Vermögenssteuer (Miriam Rehm). Abgerundet wird unser Infobrief von einer interessanten Buchempfehlung über die wirklichen „Drahtzieher“ Europas (Valentin Wedl).

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und erholsame, schöne Sommertage.

Ihr Redaktionsteam

Europa nach den Wahlen

Mehrheitsverhältnisse und Machtkonstellationen im Europaparlament

Nach sechs Jahren tiefgreifender Finanz- und Wirtschaftskrise stellte die Europawahl 2014 eine Chance für eine Richtungswahl dar. Durch die Nominierung von europaweiten SpitzenkandidatInnen von Seiten der Mehrheit der europäischen Parteifamilien (EPP, S&D, ALDE, Grüne, GUE/NGL) wurde erstmals ein tatsächlich europäisierter Wahlkampf geführt. Allerdings war die Fokussierung auf einzelne KandidatInnen noch kein Garant dafür die tatsächlichen inhaltlichen Gegensätze herauszuarbeiten.

Sandra Breiteneder

Auch nach der Wahl bleibt vieles offen und zentrale Wegentscheidungen stehen noch aus. Was bleibt ist, dass nach einem unsäglichen Machtkampf der Regierungschefs im Europäischen Rat, nun doch der Kandidat der stimmstärksten Fraktion im Europäischen Parlament, Jean-Claude Juncker, dem Parlament als Kommissionspräsident vorgeschlagen wird. Gerade die Personaldiskussionen nach den Wahlen zeigen, dass die nationalen Regierungen sich nach wie vor dagegen sträuben, Macht an das EU-Parlament abzugeben. Zum Wahlergebnis kann festgehalten werden, dass der Kurs der ex-

tremen Austerität abgewählt oder zumindest stark geschwächt wurde, da es nun keine liberal-konservative Mehrheit mehr im Europäischen Parlament gibt. Allerdings haben sich auch keine wesentlichen großen neuen Mehrheitsblöcke ergeben, wobei sowohl die Linksfraktion und bedauerlicherweise auch die rechts-extremen Kräfte gestärkt wurden.

Sieg der Europäischen Rechten?

■ Schon vor den Wahlen wurde ein großer Sieg von rechtsextremen/rechtspopulistischen Parteien medial und politisch befürchtet. Mit Marine Le Pen vom Front National ➤



aus Frankreich und Nigel Farage von der UKIP aus Großbritannien stehen nun auch zwei strahlende Sieger im Rampenlicht. Allerdings stehen diese beiden Parteien nicht vereint.

Das Wahlergebnis zeigt, dass der Kurs der extremen Austerität abgewählt oder zumindest stark geschwächt wurde.

Der Front National erreicht mit seinem Anti-EU Kurs 24,86%¹ und ist somit stimmstärkste Partei in Frankreich. Das bedeutet 23 Sitze im Europaparlament. Schon vor der Wahl wurde, wie schon vor einigen Jahren, die Gründung einer rechts-extremen Fraktion angekündigt. Im Moment scheint dieser Plan wiederum gescheitert. Die möglichen Partnerorganisationen die FPÖ (die mit 19,72%² zwar zugelegt hat, aber unter den Erwartungen geblieben ist), der belgische Vlaams Belang (der nur noch 4,14%³ erreichte und somit einer der Wahlverlierer in Belgien ist), die italienische Lega Nord (die noch 6,16%⁴ erreichte und ebenfalls große Verluste erlitt) und die niederländische PVV (diese trägt mit 13,32%⁵ zur möglichen Fraktion bei, erlitt aber ebenfalls Verluste) reichen nicht für eine Fraktion aus, da dafür 25 Abgeordnete aus mindestens sieben Ländern notwendig sind. Die nationalistischen Programmatiken sorgen hier für enorme Spannungen und so scheint die FPÖ auch weiterhin im Lager der Fraktionslosen zu bleiben.

Nigel Farage und die UKIP (26,77%⁶ und somit stimmstärkste Partei in Großbritannien mit einem Plus von 10,68%) können die Fraktion der rechtspopulistischen EU-Skeptiker EFD (Europa der Freiheit und Demokratie) weiter aufrechterhalten. Durch den Beitritt der M5S (Fünf Sterne Bewegung, Italien, 21,16%⁷, Erstantritt bei Europawahlen) von

Beppe Grillo kommt die Fraktion sogar auf 48 Mandate. Durch den Beitritt zur EFD ist die bisher nicht klar zuzuordnende M5S nun eindeutig als Rechtspartei positioniert. Weitere Partnerorganisationen sind die Schwedendemokraten (9,7%⁸; ein Plus von 6,43% und somit der Einzug ins EP), die litauische TT (14,25%⁹; ein Plus von 2,03%), die lettische ZZS (8,26%¹⁰; ein Plus von 4,54%), der tschechischen Svobodni (5,24%¹¹; eine in dieser Form neue Partei) und einem unabhängigen französischen Abgeordneten.

Was alle beteiligten Kräfte eint, ist eine extrem nationalistische und europafeindliche und in unterschiedlichen Schattierungen offen rassistische Programmatik.

Jenseits der beiden Blöcke finden sich noch die ungarische neonazistische JOBBIK mit 14,67%¹² der Stimmen (ein leichtes Minus von 0,10%) und die griechische neonazistische Goldene Morgenröte mit 9,38%¹³ (Ersteinzug ins EP; die ebenfalls rechtsextreme Laos schafft den Einzug allerdings nicht mehr). Beide erhalten drei Mandate. Durch den Fall der Sperrklausel in Deutschland konnte auch die rechtsextreme NPD ein Mandat erringen. Besonders in Ungarn und Griechenland sind diese Ergebnisse sehr besorgniserregend, innerhalb des Parlaments werden diese Kräfte allerdings keine Rolle spielen, da sie keinen Anschluss an die Rechtsfraktion finden. Besonders im Fall der JOBBIK zeigt sich die Spaltung der europäischen Rechtsextremen anhand der Richtungsfrage Antiislamismus versus Antisemitismus. Während die JOBBIK klar Antisemitismus als einen zentralen Inhalt ausgewiesen hat, ist der Front National auf antiislamischen Rassismus festgelegt (Abweichungen von diesen Richtungen gibt es zum Beispiel bei der FN und auch in der FPÖ). Aufgrund dieser Spaltungen finden die rechtsextremen Parteien in Europa nur sehr schwer, oder auch gar nicht zusammen. Die

JOBBIK lässt FPÖ und FN sogar ausrichten, dass sie „zionistische Parteien“ seien.¹⁴

Der große Sieg einer Europäischen Rechten ist vor allem nicht zu sehen, weil aufgrund der Widersprüche kein einheitlicher Block entstehen kann. Allerdings ist es an der Zeit festzustellen, dass die Wirtschaftskrise und die extreme Austerität auch rechts-extreme, antidemokratische Kräfte stark werden lassen. Daraus können Schlüsse über ein erodierendes Parteiensystem und eine zunehmende Abkehr der Bevölkerung von demokratischen Institutionen gezogen werden. Besonders deutlich wird dies bei Betrachtung der Wahlbeteiligung.

Die extreme Rechte hat punktuell zugelegt, ist aber nach wie vor kein europaweites Phänomen.

Wahlen in manchen Ländern jenseits der Wahrnehmbarkeit ■ Besonders signifikant ist der Rückgang der Wahlbeteiligung in vielen osteuropäischen Ländern. So fiel die Beteiligung in Tschechien um 8,72% auf 19,50%¹⁵, in Lettland um über 23,66% auf 30,04%¹⁶, in Slowenien um 7,41% auf 20,96%¹⁷, in Ungarn ebenfalls um 7,39% auf 28,92%¹⁸ und in der Slowakei um 6,64% auf nahezu dramatische 13%¹⁹. Im Rest Europas zeigt sich, dass in Ländern, wo neue politische Kräfte (ob links oder rechts) mit einem konfrontativen Programm angetreten und massiv dazu gewonnen haben, die Wahlbeteiligung auch gesteigert wurde. So stieg die Wahlbeteiligung im krisengebeutelten Griechenland um 5,59% auf 58,20%²⁰, in Frankreich um 2,87% auf 43,50%²¹ und in Großbritannien um immerhin 1,3% auf 36%²².

Wahlerfolge für die Linke ■ Auch die Europäische Linke geht gestärkt aus den Wahlen hervor und kann- ➤



te sich von 35 Mandaten auf 52 vergrößern. Diese sind unter anderem auf den Sieg der linksradikalen Syriza in Griechenland mit 26,6%²³ der Stimmen und somit einem Einzug mit sechs Mandaten zurückzuführen. Alexis Tsipras, Vorsitzender der Syriza, wurde auch als Kandidat der Linksfraktion für den Kommissionspräsidenten ins Rennen geschickt. Die zentralen Inhalte sind auch hier Widerstand gegen die neoliberale Austeritätspolitik und Überwindung der Krise.²⁴

In Spanien erreichte die erst vor vier Monaten gegründete Linkspartei Podemos aus dem Stand 7,97%²⁵ und zieht mit fünf Mandaten in das EP ein. Podemos (Ja, wir können) entstand aus AktivistInnen der M15 Bewegung, den Empörten, und ist eine basisdemokratische Protestbewegung, die sich unter anderen gegen den sozialen Kahlschlag in Spanien und gegen die hohen Mietpreise und die Wohnungsräumungen einsetzt.²⁶ Auch das schon traditionell in Spanien antretende Linksbündnis holte sechs Mandate.

Leichte Verluste bei den Sozialdemokraten ■ Trotz eines ambitionierten Wahlkampfes mit Martin Schulz als Kandidaten für den Präsidenten der Europäischen Kommission wurde die Sozialdemokratie nur zweitstärkste Partei. Die S&D Fraktion (Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten) erreichte 191

Während die S&D Fraktion nach außen annähernd gleich stark bleibt, verschieben sich intern die Kräfteverhältnisse der nationalen Delegationen.

(Minus 5) Mandate, die EPP (Europäische Volkspartei) trotz enormen Verlusten immer noch 221 (Minus 53) Mandate. Im Wesentlichen liegt dieses, unter der Erwartung geblie-

bene, Wahlergebnis der S&D an zwei Ländern. Die spanische Sozialdemokratie PSOE wurde trotz ihrer nationalen Oppositionsrolle genauso wie die regierende konservative Partei massiv abgestraft und schrumpfte um minus 15,51% auf 23%²⁷ der Stimmen und zieht nur mehr mit 14 statt bisher 21 Sitzen in das EP ein. Das ist das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der spanischen Sozialdemokratie. Die Austeritätspolitik des ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Zapatero scheint hier nicht vergessen worden zu sein. In Spanien wurde durch Kürzungen und Sparpolitik die Krise verschärft.²⁸ Auch die konservative Regierungspartei Partido Popular hat massiv verloren (26,06%²⁹; Minus 16,17%). Ebenso verloren wurde in Frankreich, wo die Parti Socialiste schon 2009 einen Tiefstand verbuchen musste, und nun sogar auf 13,98%³⁰ der Stimmen sank (Minus 2,5%). Grund hierfür ist, dass Präsident Hollande sein zentrales Wahlversprechen vom Spar- und Austeritätskurs von „Merkozy“ abzukommen nicht einlöste. Inzwischen lobt Hollande die Agenda 2010 Politik von Gerhard Schröder in Deutschland, ein Kurswechsel nach links ist im Moment nicht zu erwarten.³¹

Die Gewinne der deutschen SPD, der italienischen Partito Democratico (die mit 40,8%³²; plus 5,55%), der englischen Labour Party (mit 24,74%³³ konnte diese um 9,43% zulegen) und der rumänischen PSD unter Premierminister Victor Ponta mit 37,6%³⁴ reichten somit nicht aus, um eine Mehrheit zu erringen. Insgesamt gingen 5 Mandate verloren und die S&D Fraktion kommt somit auf 191 Mandate.

Hier ist festzuhalten, dass der Kurs der Sozialdemokratie im Europäischen Parlament vor allen in den von der Krise getroffenen Ländern nicht überzeugen konnte. Zwar setzte die S&D Fraktion auf einen deutlichen Anti-Austeritätskurs und sprach sich

gegen die Politik der Troika aus. Auch stellte sie durch Studien zur Steuerflucht und Steuerhinterziehung auch klare Finanzierungsalternativen auf

Europäische Volkspartei bleibt stimmenstärkste Partei, verliert aber 53 Mandate.

und vertrat Gegenkonzepte wie die Europäische Jugendgarantie und auch Ansätze für eine neue europäische Industriepolitik.³⁵ Fraglich ist aber inwiefern dieser Kurs auch in den einzelnen Nationalstaaten durchgezogen wurde bzw. auch glaubwürdig war. Gerade in Frankreich und Spanien war dies in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung nicht der Fall. In Italien konnte der neue Premier Matteo Renzi hingegen durch Trommeln dieses Kurses massiv gewinnen. Er ist der einzige europäische Regierungschef, dessen Partei mehr Stimmen zu verbuchen hat, als bei der Wahl zuvor. Renzi setzte durch eine Steuerreform in Italien und eine Einkommenssteuersenkung auf eine Entlastung der Bevölkerung. Gleichzeitig stellte er den Fiskalpakt auf Europäischer Ebene in Frage und will die Stabilitätskriterien aufweichen.³⁶ Dies sind durchwegs positive Signale aus Italien, offen bleibt ob Renzi auch den Schritt wagen und in die Vermögensverteilung eingreifen wird, um nicht nur wie durch die bisherige Steuersenkung die Kaufkraft zu erhöhen, sondern auch strukturell die Verteilung von Reichtum zu steuern. In Griechenland kommt die ehemals regierende PASOK unter neuem Namen ELIA auf gerade noch 8,02%³⁷ und verliert 28,63% der Stimmen, sie kann sich aber noch mit zwei Mandaten im EP halten. Dies ist das Resultat einer vollkommen verfehlten Krisenpolitik der ehemaligen Regierungspartei. In Irland ist die Sozialdemokratie auf 5,3%³⁸ der Stimmen geschrumpft (Minus 8,63%) und konnte von ehemals 3 Mandaten kein einziges





halten und ist somit nicht im EP vertreten. Diese wurde für ihre Regierungsbeteiligung unter der Führung der konservative Fine Gael und den drastischen Sparkurs im Land abgestraft.

Der große Wahlverlierer: Europäische Volkspartei ■ Die EPP verliert 53 Mandate und kommt jetzt auf 221 Abgeordnete. Die deutliche Führungsrolle geht verloren und europaweit ist festzustellen: Der Kurs der Austerität wurde abgewählt oder zumindest geschwächt. Die UMP in Frankreich (20,81%³⁹; Minus 6,99%), die PP in Spanien (26,06%⁴⁰; Minus 16,17%), die Fine Gael in Irland (22,30%; Minus 6,83%) sowie Forza Italia in Italien (16,82%⁴¹; Minus 18,44%; die FI ist aus der Berlusconi Partei PdL entstanden und existiert erst seit 2013) und die Nea Dimokratia Griechenland (22,71%⁴²; Minus 9,58%) verloren massiv an Stimmen. Lediglich in Ungarn gibt es mit FIDEZ unter Victor Orban einen Zuwachs an Mandaten, diese ist jetzt mit 7 Abgeordneten vertreten.

Schwierige Mehrheitsverhältnisse, aber Fortsetzung der Zusammenarbeit der beiden größten Fraktionen wahrscheinlich.

Um einiges vergrößern konnte sich die kleinere konservative Partei EKR (Europäische Konservative und Reformisten), diese ist nun die drittstärkste Kraft im EP. Trotz Wahlverlusten ihrer prominentesten Mitgliedspartei der englischen Tories (23,31%⁴³; Minus 3,69%) kommt die Fraktion durch einige Neueintritte aus der Rechtsfraktion EFD und durch den Beitritt der deutschen AFD (Alternative für Deutschland, eine neue rechtspopulistische Partei) auf insgesamt 70 statt zuvor 57 Abgeordnete. Die Tories gründeten die EKR 2009 nach lang andauernden

Konflikten mit der EPP vor allem über die stärkere europäische Integration Großbritanniens.⁴⁴ Der Beitritt der AFD zur EKR ist besonders für Angela Merkel und die CDU/CSU in Deutschland brisant. Nachdem die Tories 2009 die EPP-Fraktion verließen, legitimieren sie nun die neue deutsche Protestpartei. Merkel selbst soll beim britischen Premierminister und Tories Vorsitzenden David Cameron dagegen – vergeblich – interveniert haben.⁴⁵

Die EPP-Fraktion ist weit davon entfernt ein inhaltlich einheitlicher Block zu sein. Diese Widersprüche scheinen durch diese Wahl weiter verstärkt worden zu sein. Schon in der letzten Periode war die konservative Fraktion in vielen Fragen gespalten.

Liberale und Grüne ■ Die liberale ALDE Fraktion geht nach einem massiven Einbruch der deutschen FDP geschwächt mit 67 statt bisher 83 Mandaten aus der Wahl hervor und hat somit ihren Anspruch der drittgrößte Block im EP zu sein verloren. Auch die Grünen müssen mit 52 statt bisher 57 Mandaten leichte Verluste hinnehmen und liegen nur noch knapp vor der Rechtsfraktion EFD. Es zeichnet sich ein Parlament mit zwei großen Machtblöcken und vielen annähernd gleichstarken kleineren Blöcken ab.

Juncker als Kommissionspräsident nominiert ■ Die großen Parteienfamilien sind zwar mit gemeinsamen Spitzenkandidaten in den Wahlkampf gezogen, lange schien aber unklar, ob der „Wahlsieger“ Jean-Claude Juncker von der EPP die Nominierung der Regierungschefs seiner Parteienfamilie im Rat erhalten wird. Vor allem David Cameron versuchte ein Bündnis gegen Juncker zu schmieden, was aber letztendlich scheiterte.

Die Diskussion zeigt ein Dilemma des Europäischen Systems und ein enormes Demokratiedefizit der bisheri-

Das Wahlergebnis bestätigt den Kurs der europäischen Gewerkschaften gegen die Austeritätspolitik.

gen Institutionen. Ein neuer ernsthafter Verfassungskonvent muss sich auch diesem Problem widmen. Die Machtspiele zwischen Nationalstaaten, EU-Parlament und Kommission schwächen die Europäische Union zusehends und kosten ihr auch Glaubwürdigkeit.

Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament ■ Weder der rechte (EPP, EKR, ALDE) noch der linke Flügel (S&D, Linke, Grüne) im EP verfügen von sich aus über eine Mehrheit und diese könnte nur gemeinsam mit fraktionslosen und bisher nicht zugeordneten Abgeordneten, oder der Rechtsfraktion gefunden werden. Auch Mehrheiten über viele Fraktionen hinweg sind denkbar, am wahrscheinlichsten bleibt aber die Fortsetzung der Zusammenarbeit der großen Blöcke S&D und EPP, da diese eine stabile Mehrheit bringen können. Allerdings ist die Sozialdemokratie nun in einer besseren Position, da für die Konservativen eine alternative Mehrheitsfindung schwieriger ist, als im bisherigen Parlament. Schon für die Wahl des Kommissionspräsidenten bzw. des Parlamentspräsidenten suchten EPP und S&D eine Mehrheit gemeinsam mit der ALDE.⁴⁶ Zu hoffen bleibt, dass diese Zweckkoalition nicht langfristig bestehen bleibt, da hiermit die konservativen und neoliberalen Kräfte dominieren könnten.

Gewerkschaftspolitische Forderungen für die Periode 2014–2019 ■ Ein wesentliches gesellschaftliches Kampffeld zeichnet sich schon im Wahlkampf um das Europäische Parlament und in den Monaten zuvor ab. Durch den Schwenk, Politik durch bilaterale und/oder multilaterale Freihandelsabkommen vorwegzunehmen, ist der Einfluss »



der politischen Sphäre in Europa bedroht. Abkommen wie TTIP (Freihandelsabkommen EU-USA), CETA (Freihandelsabkommen Kanada-EU) und TISA (multilaterales Dienstleistungsabkommen) werfen ihre Schatten voraus und lassen Privatisierungs- und Liberalisierungspläne sowie Dumping von Sozial-, Arbeits-, Umwelt und Gesundheitsstandards in Europa fürchten.

Für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen bleibt auch weiterhin zentral, enge Kontakte mit den GewerkschafterInnen im EP zu halten und für eine europäische Vernetzung der Anliegen zu sorgen. Durch die zunehmende europäische

Verflechtung der Wirtschaft sind viele gewerkschaftliche Kämpfe nur noch auf europäischer Ebene zu lösen, seien es Standort- und Industriepolitik oder Finanzmarktregulierung und Bekämpfung der Steueroasen. Die bisherige institutionelle Formation der Union bietet allerdings noch keinen ausreichenden Rahmen, diese Konflikte auch führen zu können, obwohl es schon Ansätze in die richtige Richtung gibt. Die Ergebnisse der vergangenen Wahl und auch die Führungsdebatte um die Kommission zeigen aber auch die großen Mängel auf.

Die Wahl zum Europäischen Parlament zeigt, dass der Kurs der euro-

päischen Gewerkschaften der richtige ist. Die Ablehnung und aktive Bekämpfung der Austeritätspolitik ist zentral für das Bestehen einer gemeinsamen Europäischen Union und wird auch weiterhin ein wichtiges Kampffeld bleiben. Die Krise kann nur durch Solidarität überwunden werden. Durch die neue politische Zusammensetzung des Parlaments werden diese Kämpfe nicht einfacher werden, aber umso zentraler, um endlich ein neues, soziales Europa zu schaffen.

Sandra Breiteneder ■ Gewerkschaft
der Privatangestellten,
Druck, Journalismus, Papier
Sandra.Breiteneder@gpa-djp.at

- 1) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-fr-2014.html>
- 2) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-at-2014.html>
- 3) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-be-2014.html>
- 4) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-it-2014.html>
- 5) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-nl-2014.html>
- 6) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-uk-2014.html>
- 7) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-it-2014.html>
- 8) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-se-2014.html>
- 9) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-lt-2014.html>
- 10) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-lv-2014.html>
- 11) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-cz-2014.html>
- 12) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-hu-2014.html>
- 13) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-el-2014.html>
- 14) Vgl. <http://derstandard.at/2000002352600/Ungarische-RechtsextremeFPOe-und-FN-sind-zionistische-Parteien>
- 15) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-cz-2014.html>
- 16) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-lv-2014.html>
- 17) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-si-2014.html>
- 18) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-hu-2014.html>
- 19) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-sk-2014.html>
- 20) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-el-2014.html>
- 21) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-fr-2014.html>
- 22) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-uk-2014.html>
- 23) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-el-2014.html>
- 24) Vgl. http://www.european-left.org/sites/default/files/final_platform_en_7.pdf
- 25) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-es-2014.html>
- 26) Vgl. <http://www.taz.de/!139480/>
- 27) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-es-2014.html>
- 28) Vgl. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-08/schulden-spanien-europa>
- 29) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-es-2014.html>
- 30) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-fr-2014.html>
- 31) Vgl. <http://www.profil.at/articles/1322/560/359201/austeritaet-europas-abkehr-sparpolitik-wunschdenken>
- 32) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-it-2014.html>
- 33) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-uk-2014.html>
- 34) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-ro-2014.html>
- 35) Vgl. <http://www.relauchingeurope.eu/>
- 36) Vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/europawahl-renzi-siegt-in-italien-sparpolitik-in-gefahr-a-971667.html>
- 37) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-el-2014.html>
- 38) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-ie-2014.html>
- 39) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-fr-2014.html>
- 40) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-es-2014.html>
- 41) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-it-2014.html>
- 42) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-el-2014.html>
- 43) <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-uk-2014.html>
- 44) Vgl. http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/7938482.stm
- 45) Vgl. <http://www.taz.de/!140263/>
- 46) Vgl. <http://www.socialistsanddemocrats.eu/newsroom/joint-declaration-epp-group-sd-group-and-alde-group-election-president-european-commission>

Wohin steuert Europa?

EU-Politik nach der Wahl: Es ist an der Zeit, endlich die richtigen Prioritäten zu setzen

Nach den geschlagenen EU Wahlen werden die Karten auf personeller Ebene zu Besetzung wichtiger Positionen in den EU Institutionen neu gemischt. Während sich das große Politikerkarussell dreht, sollte darüber nachgedacht werden, welchen Herausforderungen sich die neue Kommission, der Ratspräsident und das neu gewählte Parlament gegenübersehen. *Christa Schlager*

Die enormen sozialen Probleme in vielen europäischen Staaten legt der Bericht der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales über die Entwicklung der Beschäftigung und der sozialen Situation in der EU (Employment and Social Developments in Europe 2013¹) schonungslos offen. Es gäbe Anzeichen, schreibt die Kommission², dass das eigentliche Ziel der EU, wonach alle Menschen in der EU von der Union profitieren und sich deren Lebensbedingungen verbessern sollten, verfehlt wird. Diesen Trend umzukehren ist die wichtigste Aufgabe, vor der die EU derzeit steht.

Prekäre soziale Situation in Europa ■ Die Fakten zur sozialen Situation in Europa sind sieben Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise nach wie vor besorgniserregend. Die Arbeitslosigkeit lag in der EU 28 im April bei 10,4%. Damit waren 25,5 Mio Personen ohne Arbeit.³ Am höchsten ist die Arbeitslosigkeit dabei nach wie vor in Griechenland und Spanien mit über 25%, weit über dem Vorkrisenniveau von 16 Mio. Daneben gibt es noch die verdeckte bzw. versteckte Arbeitslosigkeit: wenn Menschen beispielsweise mehr Stunden arbeiten wollen, als sie tatsächlich beschäftigt sind (unfreiwillige Teilzeit). Oder wenn potenzielle Arbeitskräfte

nicht in den Arbeitslosenstatistiken aufscheinen, obwohl sie durchaus Arbeit suchen (stille Reserve). Werden diese Faktoren inkludiert, so ist die Arbeitslosigkeit laut EU Kommission noch um 40 % höher!

Die soziale Situation in Europa ist besorgniserregend. Besonders betroffen von der Krise sind junge Menschen.

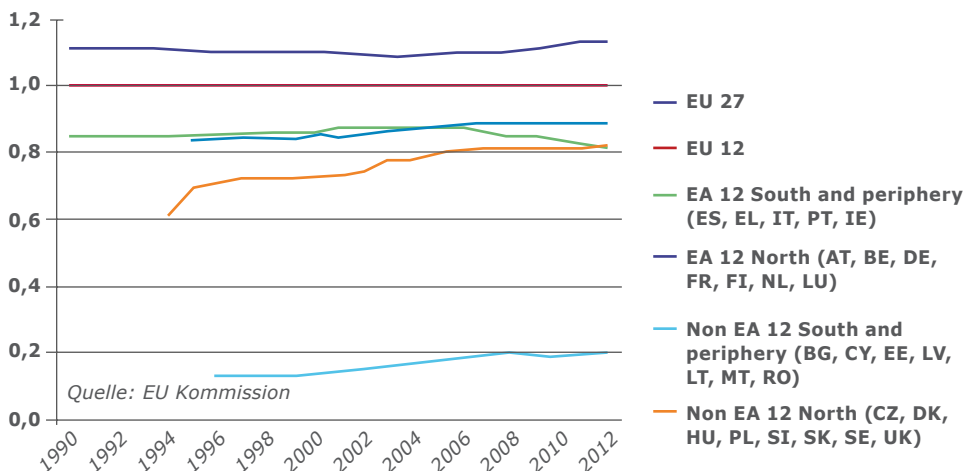
Besonders betroffen von der Krise sind junge Menschen. Die steigende Zahl an Jugendlichen, die weder in Ausbildung sind, noch Arbeit haben, ist in den Krisenjahren ständig angestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor exorbitant hoch. Ausgehend von 15% vor dem Finanzcrash ist sie seit geraumer Zeit auf über 23% angestiegen. In einzelnen Staaten liegt sie über 50%. Dazu kommen europaweit 13% Jugendliche, die weder im Beschäftigungs- noch im Ausbildungssystem integriert sind. Damit sind über ein Drittel der Jugendlichen in der EU 28 in einer schwierigen Ausgangssituation am Anfang, oder bereits vor dem Einstieg in ihr Berufsleben.

Die Massenarbeitslosigkeit in der EU führt zu weiteren sozialen Pro-

blemen. Mit steigendem Lohndruck wächst auch die Zahl der Working Poor, also jener Menschen, die von ihrem Einkommen nicht leben können. Die Europäische Kommission beziffert die Gruppe bereits mit 9,3% aller Beschäftigten Ende 2012. Auch steigt mit Dauer der Krise die Langzeitarbeitslosigkeit, die mit 5% schon fast die Hälfte der Arbeitslosenrate ausmacht und mit steigenden Armutsraten einhergeht. Denn Beschäftigung ist zwar nicht immer eine hinreichende aber jedenfalls in den allermeisten Fällen eine notwendige Bedingung, um Armut zu verhindern. Die Armutsgefährdungsrate beträgt in der EU28 25%, was nichts anderes bedeutet, als dass innerhalb der Europäischen Union über 125 Mio Menschen unter Einkommensarmut leiden, was auch ihre gesellschaftliche Teilhabe einschränkt. Und das, obwohl eines der Hauptziele EU 2020 Strategie, der politischen Agenda der EU, die Reduktion der Armut zum Ziel hat. Dieses Ziel wird verfehlt, die Armut steigt, doch darüber wird wenig gesprochen und geschrieben.

Insgesamt haben die Krise und auch die Krisenbewältigungsstrategien dazu geführt, dass die sozial Schwächeren stärker unter der Krise zu leiden hatten. Besonders >>

BIP pro Kopf in reicheren und ärmeren EU Regionen



verschlechtert haben sich die Lebensbedingungen in Estland, Italien, Griechenland, Irland und Spanien, allesamt in der Eurozone. Auch hat sich in Griechenland, Irland und Spanien die Anzahl der Haushalte verdoppelt, die ganz ohne Einkommen sind.⁴

Wachsende Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten ■ Aber die Ungleichheit wächst nicht nur innerhalb der Gesellschaften, sondern es sind auch die ökonomischen Unterschiede zwischen den reicheren und ärmeren EU Staaten wieder größer geworden ist, besonders in der Eurozone.

Die sozio-ökonomische Kluft zwischen den Mitgliedstaaten wird wieder größer.

Wie die Grafik zeigt, ist auch das BIP pro Kopf Niveau in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich. Der Konvergenzprozess, also die Annäherung der Wirtschaftskraft der einzelnen Länder hat sich im Zuge der Krise in einen Divergenzprozess gewandelt. Die reichen Staaten (EA12 North) wachsen weiter während be-

sonders die südlichen Eurozonen Staaten (EA 12 South) einen starken Einbruch hinnehmen mussten. Dieser Trend ist seit dem Ausbruch der Krise anhaltend. Obwohl die Krise in allen Ländern spürbar war, war die Intensität der Auswirkungen letztlich sehr verschieden. Es gibt auch Staaten (Non EA12), die sehr wohl eine (leicht) positive Entwicklung ihres BIP pro Kopf haben, deren Wirtschaftskraft aber im Vergleich noch sehr niedrig ist. In diesen Staaten wurde der Aufholprozess durch die Krise stark gebremst.

Politikwechsel in der EU unumgänglich ■ Angesichts all der genannten Entwicklungen müssten eigentlich die Alarmglocken in der Europäischen Politik schrillen! Es ist unbegreiflich, warum offizielle Dokumente, die das Verfehlen wesentlicher Ziele der Europäische Union klar und offen darlegen, nicht zu einem Umdenken und einem Politikwechsel in der Europäischen Union führen. Die Austeritätspolitik ist jedenfalls nicht die geeignete Maßnahme, um die EU auf den Weg zu führen, wozu sie eigentlich da sein sollte, nämlich Wohlstand für alle zu schaffen. Das zeigen die Fakten.

Anhaltende bzw. ansteigende Unterschiede können leicht dazu führen, dass die Zustimmung zum europäischen Projekt schwächer wird, nachdem das Versprechen eines gemeinsamen Europas in Wohlstand nicht eingelöst wird. Je schneller die neu gewählten PolitikerInnen die sozialen Probleme in der EU angehen und einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik vornehmen, desto größer ist die Chance, dem erodierenden Ver-

Ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel ist das Gebot der Stunde

trauen der BürgerInnen der EU entgegenwirken zu können und Europa wieder zu einem Einigungsprojekt zu machen. Es ist an der Zeit, endlich die richtigen Prioritäten zu setzen und die im letzten infobrief dargestellten Einstiegsprojekte⁵ in ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa engagiert in Angriff zu nehmen.

Christa Schlager ■ AK Wien
christa.schlager@akwien.at

1) EC (2014): *Employment and Social Developments in Europe 2013*, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=de&pubId=7684>. Wenn nicht anders zitiert, beziehen sich alle genannten Fakten auf diesen Report.
2) Ebd., 14
3) Eurostat (2014): *Euroindikatoren, April 2014, Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,7% , EU28 bei 10,4%* http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-03062014-BP/DE/3-03062014-BP-DE.PDF
4) Dies wurde in einer OECD Studie festgestellt: http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/society-at-a-glance-2014_soc_glance-2014-en.
5) http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Publikationen/Europa_in_unsere_Haende_nehmen.pdf



Europäischer Rat

Keine neuen Wege zur Überwindung der Krise

Der von der deutschen Bundeskanzlerin als „sehr effektiv“ und „sehr wichtig“ bewertete Europäische Rat vom 26./27. Juni 2014 hat eine umfangreiche Agenda abgearbeitet und zum Teil weitreichende Entscheidungen getroffen. Neue Wege zur Überwindung der Krise wurden nicht aufgezeigt.

Norbert Tempel

Jean-Claude Juncker wird Kommissionspräsident ■ Der Europäische Rat hat mit der Nominierung von Jean-Claude Juncker als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission eine wichtige Personalentscheidung getroffen. Vorausgegangen waren wochenlange Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Staaten und einem sehr selbstbewusst auftretenden Europäischen Parlament. Insbesondere der britische Premierminister hatte sich bis zuletzt vehement gegen die Nominierung Junckers gewandt und das Procedere an sich in Frage gestellt. Der Vertrag von Lissabon sieht vor, dass der Europäische Rat bei seinem Vorschlag das Wahlergebnis berücksichtigen muss. Das Europäische Parlament wählt dann den Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Um diesem Passus im Vertrag gerecht zu werden, haben die größeren europäischen politischen Parteien Spitzenkandidaten nominiert. Tatsächlich ist dieses Verfahren Neuland für alle Beteiligten, aber für das EP war immer klar, dass der nächste Kommissionspräsident aus der Reihe der Spitzenkandidaten kommen muss. Wie sehr dem Europäischen Rat dieser Machtzuwachs des EP missfällt, zeigt die Festlegung in den Schlussfolgerungen, dass über das Verfahren der Ernennung des Präsidenten mit Blick auf zukünftige Ernennungen nochmals beraten werden soll. Aus

AK-Sicht ist Juncker als ehemaliger Vorsitzender der Euro-Gruppe eine „schwierige Besetzung“. Positiv ist, dass die sozialdemokratische Fraktion im EP ihre letztliche Zustimmung davon abhängig macht, dass Juncker ein Programm präsentiert, das den Bedürfnissen und Sorgen der EU-BürgerInnen entspricht und ins-

Der Europäische Rat nominiert Jean-Claude Juncker und gibt ihm ein Arbeitsprogramm mit auf den Weg.

besondere Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen Priorität einräumt.

Im Zusammenhang mit der Personalentscheidung und den britischen Bedenken hat der Europäische Rat zwei weitere bedeutsame Festlegungen für die Zukunft beschlossen. Erstens stellt er fest, „dass das Konzept einer immer engeren Union für verschiedene Länder verschiedene Wege der Integration zulässt und es denen, die die Integration vertiefen wollen, ermöglicht, weiter voranzugehen“. Das ist ein klarer Hinweis, dass das Konzept eines Kerneuropas für die künftige Entwicklung der EU zunehmend an Bedeutung gewinnt. Und zweitens hat sich der Europäische Rat auf eine „Strategische Agenda für die Union in Zeiten des

Wandels“ geeinigt und damit quasi dem neuen Kommissionspräsidenten ein „Arbeitsprogramm“ mit auf den Weg gegeben. Die Agenda enthält fünf übergeordnete Prioritäten, die die EU-Organe und die Mitgliedstaaten vollständig umsetzen sollen. Die deutsche Bundeskanzlerin definiert diese Agenda als eine „Neuausrichtung“, von der allerdings keine Rede sein kann. Die Prioritäten – stärkere Volkswirtschaften mit mehr Arbeitsplätzen/eine Union, die alle Bürger befähigt und schützt/eine sichere Zukunft in Bezug auf Energieversorgung und Klimaschutz/ein gesicherter Raum der Grundfreiheiten und ein wirksames gemeinsames Handeln in der Welt – enthalten keine neuen Aspekte und zeigen keine neuen Wege zur Überwindung der Krise auf. Trotz der auch in der Agenda dargestellten Herausforderungen wie langsames Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, unzureichende öffentliche und private Investitionen etc. wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht angetastet, es findet sich lediglich der Hinweis, dass die in den geltenden Regeln des Paktes enthaltene Flexibilität „in bester Weise“ genutzt werden soll. Ärgerlich ist, dass das geplante Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) in der Agenda besonders hervorgehoben wird (bereits 2015 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein) und – wenn auch nur indirekt – die Wettbewerbspakte im Zusammenhang mit der Fortentwicklung der WWU ange- ➤



führt werden. Bekanntlich wird der Europäische Rat im Oktober 2014 eine Entscheidung treffen, in welcher Form diese von AK und Gewerkschaften kritisierten Pakte eingeführt werden sollen. Ein bemerkenswerter Satz findet sich in Bezug auf die Energiepolitik. Im Zusammenhang mit der Schaffung einer Energieunion mit dem Ziel erschwinglicher, sicherer und nachhaltiger Energie wird der Energieeffizienz „eine wesentliche Rolle“ zugeordnet, „denn am billigsten und saubersten ist die Energie, die erst gar nicht verbraucht wird“. Diese Festlegung ist wichtig und wird von der AK schon seit Jahren engagiert in die Energie- und Klimadebatte eingebracht.

Europäisches Semester und Debatte um mehr Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt

■ Der Europäische Rat hat die länderspezifischen Empfehlungen allgemein gebilligt und damit das Europäische Semester offiziell abgeschlossen. Die für Österreich empfohlene Koppelung des gesetzlichen Pensionsalters an die Lebenserwartung wurde zuvor vom Beschäftigungsrat in Luxemburg auf Drängen Österreichs wie schon 2013 abgeschwächt. Auch die AK hat diesbezüglich massiv eine Änderung gefordert und den Prozess eng begleitet.

Eine Revision des EU-Stabilitätspakts steht nicht auf dem Programm, aber die Debatte geht weiter.

Ernüchternd bleibt festzuhalten, dass auch dieser Europäische Rat keine neuen Wege zur Überwindung der Krise aufgezeigt hat. Im Gegenteil: Die im Vorfeld des Treffens von Frankreich und Italien ausgelöste Diskussion über eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurde

wieder „abgewürgt“, indem lediglich auf die im Pakt enthaltene Flexibilität hingewiesen wurde. Zumindest wurde jedoch die Kommission beauftragt, bis 14.12.2014 einen Bericht über die „Anwendung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung“ wie im Six-Pack und Two-Pack vorgesehen, vorzulegen. Dies lässt zumindest die Hoffnung zu, dass die Diskussion über die Notwendigkeit einer Änderung des Pakts weitergehen wird.

Dabei mangelt es in den Schlussfolgerungen nicht an dramatischen Formulierungen, die eine Änderung bzw Weiterentwicklung der Instrumente zur wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU nahelegen. So stellt auch der ER fest, dass „die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, in vielen Teilen Europas noch immer ein nie dagewesenes und untragbar hohes Ausmaß aufweist“. Als Reaktion darauf fordert er jedoch lediglich dazu auf, die Anstrengungen zur Durchführung wachstumsfördernder Strukturreformen zu intensivieren, „um die Fähigkeit Europas, Wachstum und mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, zu stärken“. Und er erwähnt eine Palette an Maßnahmen, wie die Verringerung der steuerlichen Belastung der Arbeit, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation, die Reform der öffentlichen Verwaltungen etc, die aus AK-Sicht zum Teil richtig sind, aber bei weitem nicht der Größe der Herausforderung gerecht werden.

Ein neuer Weg zur Überwindung der Krise wäre aus AK-Sicht die Einführung einer „Goldenen Regel der Finanzplanung“, dh dass die Neuverschuldung für wertschaffende öffentliche Investitionen von den Fiskalregeln nicht mehr verhindert wird. Von diesen Investitionen profitieren gerade auch zukünftige Generationen, daher ist es gerechtfertigt, diese an deren Finanzierung zu beteiligen. Sinnvolle Anwendungsbereiche für die sogenannte „Golden Rule“ liegen auf der Hand – sie reichen von ökologischen Investitionen (Stichwort: Klimawandel, Reduzierung der Energieabhängigkeit etc), über Investitionen in die Infrastruktur bis hin zu sozialen Investitionen (z. B. Kinderbetreuung, sozialer Wohnbau). Insbesondere Länder mit wachsender Bevölkerung wie Österreich sind dringend auf eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen angewiesen.

Die AK fordert die Anwendung der „Golden Rule“ für gesamtwirtschaftlich wertvolle Investitionen.

Die AK fordert die Anwendung der „Golden Rule“ für gesamtwirtschaftlich wertvolle Investitionen.

Viele ÖkonomenInnen sind sich einig: Der einzige Weg, rasch und effektiv Beschäftigung zu fördern, sind öffentliche Investitionen. Sie sind auch dringend notwendig, um ein Abrutschen des gesamten Euroraums in eine Deflation zu verhindern. Jeder Euro, den der Staat zusätzlich investiert, steigert die Wirtschaftsleistung um 1,30 bis 1,80 Euro. Das zeigt eine Meta-Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), für die mehr als 100 internationale Studien ausgewertet wurden.¹

Dieser Weg ist Europa jedoch aufgrund der restriktiven EU-Fiskalregeln und der europaweiten Sparpolitik versperrt. Mit dramatischen Auswirkungen: 2013 lagen die öffentlichen Investitionen der Eurostaaten erstmals niedriger als die Abschreibungen. Europas Staaten zehren also von der Substanz und vergeben damit die beste Chance, aus der Krise herauszuwachsen, wie eine Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung festgestellt hat.





In einem Schreiben an Bundeskanzler Werner Faymann im Vorfeld des Europäischen Rates hat AK-Präsident Rudi Kaske gefordert, die Möglichkeit der „Golden Rule“ beim Europäischen Rat zu thematisieren. Interessant ist, dass zumindest das Prinzip der „Golden Rule“, nämlich bestimmte Investitionen anders zu werten, von der deutschen Bundeskanzlerin angesprochen wurde, indem sie darauf verwies, dass unter bestimmten Voraussetzungen die nationale Kofinanzierung von EU-Strukturfondsprojekten dem Defizit nicht angerechnet werden kann. Das reicht allerdings bei weitem nicht und daher muss der Kampf um die Einführung einer „Golden Rule“ engagiert fortgeführt werden. Interessant wird sein, ob vom italienischen EU-Vorsitz im 2. Halbjahr 2014 neue Initiativen für eine Lockerung der EU-Fiskalregeln ausgehen werden. Wobei hier allerdings auch Gefahr droht: So gibt es auf EU-

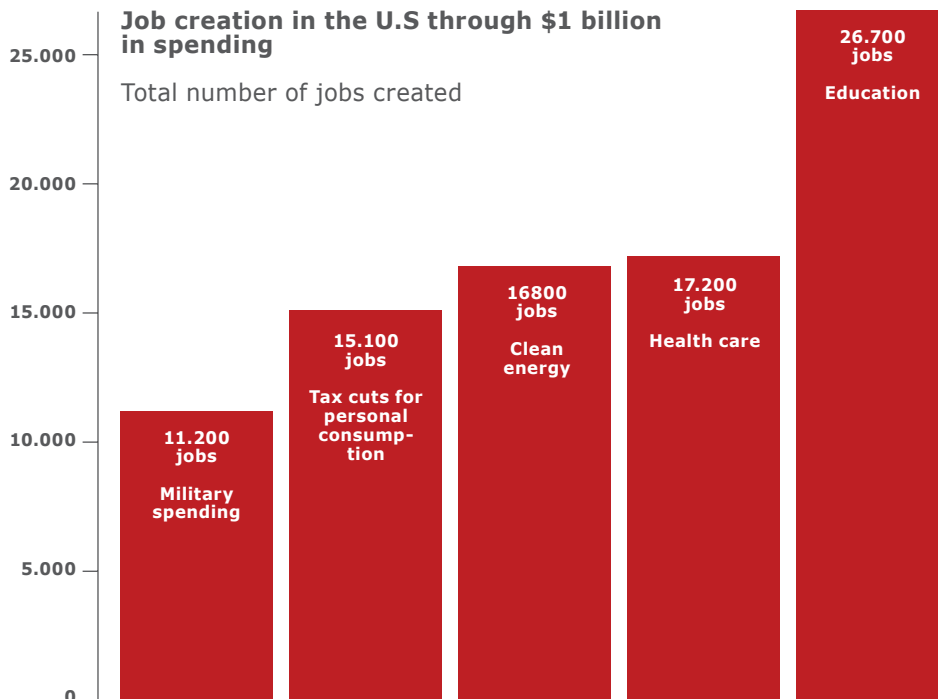
Ebene auch Vorschläge, die Defizitregeln dahingehend zu lockern, dass Militärausgaben aus der Defizitberechnung herausgenommen werden!

Das wäre nicht nur moralisch eine Bankrotterklärung, sondern auch angesichts der Massenarbeitslosigkeit eine Vergeudung wertvoller Ressourcen. Eine Studie der Universität von Massachusetts vom Dezember 2011 zeigt, dass "spending \$1 billion on personal consumption, clean energy, health care, and education will each create significantly more jobs within the U.S. economy than would the same \$1 billion spent on the military".² Diese Ergebnisse sind im Großen und Ganzen sicherlich auch für Europa anwendbar.

EU-Flüchtlingspolitik wird Top-Thema des italienischen EU-Vorsitzes ■ In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wird den

strategischen Leitlinien für die gesetzgeberische und operative Programmplanung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts breiter Raum eingeräumt. Im Vordergrund stehen dabei die europäische Asyl- und Migrationspolitik, das wirksame Management der EU-Außengrenzen und wirksame Maßnahmen gegen organisierte Kriminalität und zur Bekämpfung des Terrorismus. Dem Flüchtlingsdrama, das sich täglich im Mittelmeerraum abspielt, wird der Europäische Rat mit den angesprochenen Maßnahmen jedoch nicht gerecht. Die Regierung von Ministerpräsident Matteo Renzi wird die Flüchtlingsfrage zum prioritären Thema des italienischen EU-Vorsitzes im 2. Halbjahr 2014 machen.

Norbert Templ ■ AK Wien
norbert.templ@akwien.at



1) IMK-Report, Streitfall Fiskalpolitik, Eine empirische Auswertung zur Höhe des Multiplikators, April 2014

2) Robert Pollin & Heidi Garrett-Peltier: „The U.S. Employment effects of military and domestic spending priorities; 2011 Update“, Political Economy Research Institute University of Massachusetts, Amherst, December, http://www.peri.umass.edu/fileadmin/pdf/published_study/PERI_military_spending_2011.pdf

Quelle: The U.S. Employment effects of military and domestic spending priorities; 2011 Update

Länderspezifische Empfehlungen

Licht und Schatten bei der nächsten Runde des Europäischen Semesters

Die Europäische Kommission hat am 2. Juni 2014 die sogenannten „Länderspezifischen Empfehlungen“ für 26 EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht (Griechenland und Zypern unterliegen wirtschaftlichen Anpassungsprogrammen mit strikten Vorgaben und erhielten daher keine weiteren Empfehlungen). Die Empfehlungen für Österreich sind durchaus ausgewogen, aber es gibt auch berechtigte Kritik.

Norbert Tempel

Bei den länderspezifischen Empfehlungen handelt es sich um spezifische Leitvorgaben, wie die einzelnen Mitgliedstaaten Wachstum und Beschäftigung fördern können, ohne die Solidität ihrer öffentlichen Finanzen zu beeinträchtigen. Die Empfehlungen beruhen auf den allgemeinen Prioritäten, die die Kommission im November 2013 in ihrem Jahreswachstumsbericht festgelegt hat, sowie auf den Informationen, die die Mitgliedstaaten im April 2014 in ihren mittelfristigen Haushaltsplänen und Nationalen Reformprogrammen vorgelegt haben. Die Empfehlungen wurden auf Ratsebene in den entsprechenden Ausschüssen und Ministerräten erörtert, am 26./27. Juni von den EU-Staats- und Regierungschefs gebilligt und im Juli formell als Teil des „Europäischen Semesters“, in dessen Rahmen die wirtschaftspolitische Koordinierung auf EU-Ebene stattfindet, von den EU-Finanzministern angenommen.

Vorrangige Maßnahmen für den Zeitraum 2014–2015 aus Sicht der Kommission ■ Die Kommission konstatiert, dass der Aufschwung nach wie vor unregelmäßig stattfindet und instabil ist. Daher müssen in den Mitgliedstaaten insbesondere in folgenden Bereichen die Strukturreformen fortgesetzt werden:

- **Bekämpfung von hoher Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Armut:** Die Krise hat auf den Arbeitsmärkten der Mitgliedsta-

Die Empfehlungen der Kommission greifen in viele Politikbereiche der Mitgliedstaaten ein. Sie setzt dabei weiterhin primär auf Strukturreformen, die Förderung der Binnennachfrage bleibt unterbelichtet.

ten drastische Spuren hinterlassen: Die Arbeitslosenquote blieb 2013 mit 10,8% dramatisch hoch, wobei der niedrigste Wert in Österreich (4,9%) und der höchste in Griechenland (27,3%) zu verzeichnen war. Besonders besorgniserregend ist aus Sicht der Kommission die Lage für junge Menschen und Langzeitarbeitslose, zudem ist mittlerweile ein Viertel der EU-Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Die entsprechenden Empfehlungen der Kommission sind vielfältig und zum Teil durchaus begrüßenswert (zB Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von

Frauen durch Ausbau der Kinderbetreuung), etliche Empfehlungen gehen jedoch zu weit (zB Eingriffe in die Lohnfindungssysteme).

- **Beschäftigungsfreundlichere Besteuerung:** Die Kommission kritisiert, dass viele Länder während der Krise nicht Ausgabensenkungen (!) vorgenommen haben, sondern sich auf Steuererhöhungen gestützt haben, so dass die Steuerlast insgesamt zugenommen hat. Sie ignoriert damit weiterhin Studien (ua auch vom IWF), die belegen, dass von Ausgabenkürzungen sehr viel ungünstigere Verteilungswirkungen ausgehen als von Steuererhöhungen. Immerhin schlägt sie jetzt eine richtige „Medizin“ vor: Steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit und Verlagerung der Steuerlast auf weniger wachstumschädliche Steuerquellen, mehr Steuerdisziplin und Bekämpfung des Steuerbetrugs. Entsprechende Empfehlungen gehen an insgesamt 23 Mitgliedstaaten.
- **Förderung von Privatinvestitionen:** Da die Kreditvergabe besonders an kleine und mittlere Unternehmen in Italien, Griechenland, Spanien, Litauen, Slowenien, Kroatien und Zypern noch >>



immer restriktiv gehandhabt wird, muss der Bankensektor weiter stabilisiert werden. Gefördert werden sollten auch spezifische Finanzierungsmechanismen wie beispielsweise Kreditgarantieprogramme oder Unternehmensanleihen.

■ **Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit:** Die Kommission sieht nur begrenzte Fortschritte bei den Strukturreformen in Schlüsselsektoren und ruft zu weiteren Reformen in den Bereichen Dienstleistungen, Energie und Verkehrsinfrastruktur, FuE-Systemen und dem Wettbewerbsrecht auf. Manche Strukturreformen sind durchaus wichtig und sinnvoll, mit Strukturreformen allein lässt sich die Krise aber nicht überwinden.

■ **Schuldenabbau:** Die Kommission erwartet heuer einen neuen Schuldenhöchststand, der in Belgien, Irland, Griechenland, Spanien, Italien, Zypern und Portugal bei über 100% des BIP liegen wird. Bei diesen Ländern gebe es daher einen dringenden Handlungsbedarf. Einmal mehr will die Kommission das „Unmögliche“: die öffentlichen Schulden senken und gleichzeitig wachstumsfördernde Ausgaben für Bildung, Forschung und Innovation beibehalten. Wie dies im Rahmen des restriktiven Umfelds der neuen Fiskalregeln möglich sein soll, sagt sie nicht. Einen besonderen Schwerpunkt legt die Kommission erneut auf die Belastung der Staatshaushalte durch die Alterung der Bevölkerung, die aus ihrer Sicht tiefgreifende Auswirkungen auf die staatlichen Renten- und Gesundheitssysteme haben wird. Die Palette der Empfehlungen ist umfangreich und ergeht an 19 Mitgliedstaaten, wobei 11 Mitgliedstaaten aufgefordert werden, ihr gesetzliches Rentenalter an die steigende Lebenserwartung anzupassen - eine Forderung, die von der AK strikt abgelehnt wird!

Fazit: Die Empfehlungen der Kommission greifen in viele Politikbereiche der Mitgliedstaaten ein. Sie sind zum Teil durchaus unterstützungswürdig, zum Teil absolut abzulehnen (insbesondere gilt das für Eingriffe in

Positiv ist, dass die Kommission die Notwendigkeit einer steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit besonders thematisiert.

die Lohnpolitik der Mitgliedstaaten und die Gestaltung ihrer Pensionsysteme, spezifische Arbeitsmarkt-reformen etc). Insofern bleibt die ablehnende Haltung der AK aufrecht, die bis auf wenige Ausnahmen bisher unverbindlichen länderspezifischen Empfehlungen durch vertragliche Vereinbarungen der Kommission mit den Mitgliedstaaten (sog. Wettbewerbspakte) „aufzuwerten“ und damit die Mitgliedstaaten noch stärker unter die Kontrolle der Kommission und des Rates zu bringen. Kritisch ist auch anzumerken, dass die Kommission in den Empfehlungen weiterhin primär auf Strukturreformen setzt und sich nur wenige Hinweise auf die Notwendigkeit der Förderung der Binnennachfrage in Europa ableiten lassen.

Zwischen Licht und Schatten: Die Empfehlungen für Österreich

■ Positiv ist anzumerken, dass die Kommission empfiehlt, das 2009 eingeleitete Defizitverfahren gegen Österreich einzustellen (ebenso gegen Belgien, die Tschechische Republik, Dänemark, die Niederlande und die Slowakei). Somit würden sich „nur“ mehr 11 Staaten in einem Defizitverfahren befinden (im Frühjahr 2011 waren es noch 24 Mitgliedstaaten). Bei den Empfehlungen für Österreich gibt es wie immer Licht und Schatten. So ortet die Kommission mit Recht politischen Handlungsbedarf in mehreren Politikfeldern und unter-

stützt dabei auch zum Teil Forderungen der AK.

■ **Faktor Arbeit steuerlich entlasten.** Die AK begrüßt die Empfehlung, die hohe Steuer- und Abgabenlast auf den Faktor Arbeit von Geringverdienern zu entlasten und dafür die Steuerlast auf andere weniger wachstumsschädliche Steuerquellen wie periodische Immobiliensteuern zu verlagern. Allerdings ist es aus Sicht der AK notwendig, die Steuer- und Abgabenbelastung stärker in Richtung vermögensabhängige Abgaben zu verlagern. Eine periodische Immobiliensteuer (hier ist offenbar in erster Linie die Grundsteuer gemeint) schafft nicht den notwendigen Spielraum für eine umfassende Entlastung des Faktors Arbeit, zumal diese sozialverträglich gestaltet werden muss.

■ **Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Empfehlungen.** Die Kommission hebt hervor, dass sich der österreichische Arbeitsmarkt mit einer der niedrigsten Arbeitslosenquoten in der EU weiterhin robust zeigt, weist jedoch mit Recht auf die Schwachstellen hin (brachliegendes Arbeitsmarktpotenzial von älteren Arbeitnehmern, Frauen und MigrantInnen, Österreich hat eine der höchsten Raten von Frauen in Teilzeitbeschäftigung und weist eine hohe Konzentration von Frauen im Niedriglohnsektor auf). Die AK begrüßt die Empfehlung, die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen und älteren ArbeitnehmerInnen zu verstärken. Der Ausbau der Kinderbetreuungs- und Pflegedienste ist auch aus AK-Sicht eine grundlegende Voraussetzung zur Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Frauen. Die Empfehlung, die Anerkennung der Qualifikationen von MigrantInnen zu erleichtern und zu verbessern, entspricht einer langjährigen Forderung der





AK. Gerade Personen mit Migrationshintergrund werden oft nicht entsprechend ihrer mitgebrachten formalen und informell erworbenen Qualifikationen beschäftigt. Dies bedeutet einerseits ein deutlich höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als auch eine Vergeudung von Ressourcen. Mit den bisher eingerichteten Anerkennungsstellen wurden erste Schritte zur Umsetzung der AK-Forderungen eingeleitet. Nichtsdestotrotz muss es noch einen weiteren Ausbau entsprechender, vor allem auch unterstützender Maßnahmen geben.

Maßnahmen gegen die strukturelle Benachteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt sind auch aus AK-Sicht wichtig und notwendig. So haben Berufe mit einem höheren Frauenanteil häufig eine niedrigere Einkommensstruktur, geringere Aufstiegschancen und eine höhere Arbeitsplatzunsicherheit. Dies schlägt sich unter anderem im Einkommensnachteil gegenüber den Männern (derzeit 18% laut Statistik Austria) nieder. Daher ist unter anderem mit Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik wie frauenspezifischen Informations-, Qualifizierungs- und Unterstützungsangeboten den geschlechtsspezifischen Ungleichheiten entgegenzuwirken. Österreich sollte jedenfalls noch engagierter gegen das geschlechtsspezifische Lohngefälle vorgehen. Die Kommission stellt mit Recht fest, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle in Österreich eines der höchsten in der EU ist.

Die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Älteren ist der AK ebenfalls ein großes Anliegen. Wesentlich ist jedoch, dass Ältere nicht nur einfach länger auf dem Arbeitsmarkt verbleiben, sondern auch tatsächlich in Beschäftigung sind. Bei der Erfüllung der im Regierungsprogramm verankerten Beschäftigungsquote sind vor al-

lem auch die Betriebe in die Pflicht zu nehmen, um älteren Menschen Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. Dazu braucht es ein entsprechendes Bonus Malus System, wie es im Regierungsprogramm verankert wurde. Eine rasche Umsetzung dieses Punktes wird die Arbeitsmarktchancen Älterer deutlich erhöhen. Dies beinhaltet nicht nur verpflichtende Älterenbeschäftigungsquoten der einzelnen Betriebe (mit festgelegtem Malus und Bonus), sondern auch gesundheitsfördernde Maßnahmen.

Im Bildungsbereich weist die Kommission darauf hin, dass Österreich die Zielquote für frühe Schulabgänger insgesamt bereits erreicht habe, bei Schülern mit Migrationshintergrund die Quote aber mehr als dreimal so hoch sei wie bei Einheimischen (21,5% gegenüber 6% im Jahr 2012). Mit Recht kritisiert sie in diesem Zusammenhang, dass es weiterhin keine bundesweite Strategie für ein hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot für Kleinkinder gibt. Ihrer Empfehlung „die Bildungsergebnisse insb junger Menschen mit Migrationshintergrund durch Förderung der frühkindlichen Erziehung und eine Abmilderung der negativen Konsequenzen der frühen Leistungsdifferenzierung“ zu verbessern, schließt sich die AK an.

Mit Recht ortet die Kommission für Österreich politischen Handlungsbedarf in mehreren Politikfeldern.

■ „Verzichtbare“ Empfehlungen.

Erneut finden sich in den aktuellen Empfehlungen heikle Punkte, die aus AK-Sicht abzulehnen sind. So fordert die Kommission eine Verschärfung des österreichischen Budgetkurses. Dabei ignoriert sie, dass Österreich besser als viele andere Länder durch die Krise gekommen ist, weil nicht nur gespart,

sondern auch investiert wurde. Zudem braucht Österreich weitere Investitionen etwa in den Bereichen sozialer Wohnbau, Kinderbetreuung, Ganztagschulen, Pflege und Infrastruktur. Die Kommission sollte vielmehr ihre „Prognosequalität“ überprüfen und verbessern, ehe sie auf Basis ihrer Frühjahrsprognose eine sofortige neuerliche Budgetnachbesserung fordert. Vier Jahre der ununterbrochenen deutlichen Überschätzung des strukturellen Defizits – durchschnittlich jährlich 0,6% des BIP – sind untragbar.

Geradezu provokant wirkt die Empfehlung der Kommission an Österreich, einmal mehr eine Koppelung des gesetzlichen Pensionsalters an die Lebenserwartung vorzunehmen, was faktisch einer Anhebung gleichkommt. Provokant, weil die Empfehlung an sich aus AK-Sicht falsch ist und zudem die Entscheidung des Rates von 2013 ignoriert. Wie schon bei ihren Empfehlungen 2013 versucht die Kommission erneut, Druck auf Österreich zur Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters auszuüben, obwohl der Rat diesen Passus bei der endgültigen Annahme im Juli 2013 durch die Bezugnahme auf das tatsächliche Pensionsalter erheblich entschärft hatte.

Aus AK-Sicht ist diese Empfehlung mehrfach fehlgeleitet. Sie kommt angesichts der Verwerfungen am Arbeitsmarkt einer Forderung nach höherer Altersarbeitslosigkeit gleich. Und sie bedeutet deutliche Pensionsverluste, die gesellschaftlich destabilisierend und konsumschwächend wirken würden. Gleichzeitig ignoriert die Kommission die laufenden Anstrengungen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters in Österreich, die mittel- und langfristig ihre volle Wirkung entfalten werden. Die AK fordert daher mit Nachdruck eine entsprechende Abänderung dieser spezifischen Kommissionsempfehlung.



»

In einer weiteren Empfehlung urteilt die Kommission die Beseitigung übermäßiger Hindernisse für die Anbieter von Dienstleistungen in Form von Anforderungen an die Rechtsform und die Beteiligung am Gesellschaftskapital. Die AK sieht hier keinen Handlungsbedarf. Österreich bietet Unternehmensgründern eine Vielzahl von Rechtsformen mit unterschiedlichen Anforderungen an, aus der sie die für sie passende Rechtsform wählen können (Einzelunternehmen, Personengesellschaften wie Offene Gesellschaft oder Kommanditgesellschaft ohne Mindestkapital, beschränkt haftende Kapitalgesellschaften wie Aktiengesellschaft oder GmbH mit Mindestkapital). GmbH-Neugründungen

Die Empfehlung, das gesetzliche Pensionsalter in Österreich anzuheben, wird von der AK entschieden zurückgewiesen.

wurden zuletzt besonders gefördert, einerseits durch geringeres Mindestkapital in der Anfangsphase, andererseits durch deutlich niedrigere Notariats- und Eintragungskosten. Die AK spricht sich aber gegen eine von der EU-Kommission forcierte Entwicklung aus, Kapitalgesellschaften ohne Mindestkapital einzuführen. Eine Haftungsbeschränkung der Gesellschafter ohne Erbringung eines substantiellen Mindestkapitals för-

dert den Missbrauch zu Lasten Dritter (KonsumentInnen, Lieferanten, gesetzliche Gläubiger). Durch die Aufweichung und Zerschlagung von gesellschaftsrechtlichen Mindeststandards wird kein volkswirtschaftlicher Mehrwert erzielt. Im Gegenteil: die Kosten aus der Zunahme von Betrugsdelikten und anderen unlauteren Praktiken tragen Öffentlichkeit, Konsumenten, ArbeitnehmerInnen und andere Gläubiger.

Norbert Templ ■ AK Wien
norbert.templ@akwien.at

Neuerscheinung

Reclaim Public Services

Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik

Aktuelle EU-Projekte zeigen: Die Weichen werden weiter in Richtung Verschärfung der Marktintegration gestellt. Welche Perspektiven und Gegenbewegungen lassen sich dennoch für den (Wieder) Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und des Sozialstaats ausmachen?

Wir erleben gegenwärtig nicht nur eine Krise der Finanzmärkte, sondern eines gesamten Entwicklungsmodells. Damit steht auch die seit den 1980er-Jahren losgetretene Euphorie zur Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auf dem Prüfstand. Doch die zunehmende Liberalisierungsskepsis hat bislang in der Binnenmarkt- und Handelspolitik der Europäischen Union wenig Spuren hinterlassen. Dazu tritt der Spar- und Privatisierungsdruck, der auf öffentliche Dienstleistungen im

Gefolge der austeritätspolitischen Antworten auf die Krise ausgeübt wird.

Hingegen zeigt sich insbesondere auf kommunaler Ebene eine widerstreitende Entwicklung: So werden in Bereichen wie etwa Energie- und Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr oder Abfallentsorgung alternative Wege eingeschlagen, Rekommunalisierungen vorgenommen und ehemals privatisierte Dienstleistungen wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt.



Reclaim Public Services.
Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik
Oliver Prausmüller/Alice Wagner (Hg.), VSA, 2014

Die Auseinandersetzung über die künftige Entwicklungsrichtung öffentlicher Dienstleistungen gestaltet sich damit nicht nur äußerst vielschichtig, sondern lässt sich zudem als ein zentraler Umschlagspunkt für die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen eines fortschrittlichen europäischen Sozialmodells verstehen.

Weitere Infos unter:
<http://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/reclaim-public-services/>

Geldpolitik

Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung

Die EZB hat seit Ausbruch der Krise Flexibilität gezeigt und wesentlich dazu beigetragen, dass die Eurozone nicht implodiert ist. Retrospektiv hat sie aber auch oft zu spät und zögerlich gehandelt. Ein groß angelegtes Aufkaufprogramm für Wertpapiere wäre notwendig, um der Deflationsgefahr entgegenzuwirken. Wirksam wäre dies aber nur, wenn gleichzeitig die Politik handelt und für mehr Verteilungsgerechtigkeit und mehr Spielraum für öffentliche Investitionen sorgt. Elisabeth Blaha

Die Geldpolitik der EZB während der Krise ■ Unmittelbar nach Krisenausbruch haben die expansiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den USA nach der Kontraktion des Wirtschaftsgeschehens 2009 moderat positive Wachstumsraten und sinkende Arbeitslosenquoten zur Folge gehabt. Die Eurozone hingegen durchlebte nach dem schweren Wirtschaftseinbruch im Jahr 2009 eine weitere Rezession in den Jahren 2012 und 2013. Der Aufschwung seither ist verhalten und die Abwärtsrisiken der aktuellen Prognosen sind hoch. Etwa ein Drittel der Bevölkerung der Eurozone lebt in Ländern mit Arbeitslosenquoten, die ähnlich hoch sind wie in den Dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Seit Ende 2008 folgt die Geldpolitik der EZB einem expansiven Pfad.

Die Ursachen der Wachstumsunterschiede zwischen den USA und dem Euroraum sind vielfältig: Die USA haben ihren Bankensektor rasch restrukturiert – im Unterschied zu Europa zum Teil mit Erträgen für die SteuerzahlerInnen aus der staatlichen Bankenhilfe. Expansive Fiskal- und Geldpolitik haben den Entschuldungsprozess der privaten Haushalte und Unternehmen begünstigt, indem dessen restriktive Wirkung abgeschwächt wurde. Fis-

kalkonsolidierung setzte erst dann ein, als der Prozess der Entschuldung weitgehend abgeschlossen war.

In der Eurozone hingegen wurde die Restrukturierung der Banken viel zu lange hinausgezögert. Das Volumen notleidender Kredite und illiquider Vermögenswerte steigt – auch als Folge der Rezessionen – und erschwert die Kreditversorgung der realen Wirtschaft, insbesondere in den peripheren Staaten der Eurozone. Die Fiskalkonsolidierung startete bereits 2010 und manövrierte manche dieser Länder in eine Bilanzrezession. Die institutionellen Schwächen des Euroraums, insbesondere das Fehlen einer Fiskal- und Bankenunion, haben schließlich die Peripherestaaten einer Liquiditätskrise und sich selbst erfüllenden Prophezeiungen ausgesetzt.

Seit Ende 2008 folgt die Geldpolitik der EZB einem expansiven Pfad, allerdings wurden Entscheidungen oft zu spät und zögerlich getroffen. Anfang 2008 lagen die geldpolitischen Zinssätze in den USA und im Euroraum bei ca 4%. Schließlich reduzierte die Federal Reserve Bank bis Ende 2008 den Zinssatz rasch auf 0,25%, die EZB auf etwa 2%, wobei sie zwischendurch den Zinssatz sogar erhöhte. Schließlich senkte sie den Zinssatz sukzessive auf zuletzt (5. Juni 2014) 0,15%, wobei sie ihn im April und Juli 2011 temporär erhöhte.

Auch in Hinblick auf nicht-konventionelle Maßnahmen der Geldpolitik war die EZB weniger expansiv. Im

Ihr primäres Verdienst war es, den Zusammenbruch der Währungsunion verhindert zu haben.

Dezember 2008 startete die FED mit einem Aufkaufprogramm, das auch Staatsanleihen beinhaltete (quantitative Lockerung). Auch die EZB hat ihre Bilanzsumme stark ausgeweitet, indem sie den Banken längerfristige Liquidität zur Verfügung stellte. So hat die EZB im Rahmen ihrer langfristigen Tenderoperationen von Ende 2011 und Anfang 2012 die Banken mit Liquidität versorgt. Die Banken haben damit überwiegend Staatsanleihen gekauft, womit die Renditen auf Staatsanleihen insbesondere in den Krisenländern wieder gesunken sind. Allerdings war dies auch mit ‚carry trade‘ verbunden. Das bedeutet, dass die Banken zu extrem niedrigem Zinssatz Liquidität geborgt und hochrentierlich veranlagt haben. Diese Operationen waren insbesondere dabei hilfreich, um das Überleben der Banken in den Krisenstaaten zu sichern, die mit Liquiditätsabflüssen konfrontiert waren.

Als die Renditen der Krisenländer erstmals stark anstiegen, hat die EZB im Mai 2010 ein Aufkauf- ➤



programm für Staatsanleihen am Sekundärmarkt beschlossen, um den geldpolitischen Transmissionsmechanismus, der erheblich gestört war, wieder in Gang zu setzen. Insbesondere in den Krisenländern mussten nämlich Haushalte und Unternehmen noch immer prohibitiv hohe Zinsen zahlen, obwohl die geldpolitischen Leitzinsen gesunken waren, oder sie bekamen gar keine Kredite. Zwei Jahre später, am Höhepunkt der Eurokrise, wurde ein neues Programm von der EZB angekündigt, das es ihr erlaubt, unter strikter Konditionalität Wertpapiere aufzukaufen. Dieses Programm wurde zwar bis heute nicht aktiviert, allein die Ankündigung hat aber dazu beigetragen, dass die Renditen auf Staatsanleihen erheblich gesunken sind.

Angesichts der drohenden Deflationsgefahr bedarf es einer Kombination der quantitativen und qualitativen Lockerung der Geldpolitik.

Insgesamt hatte die Geldpolitik der EZB einen weitaus weniger expansiven, stimulierenden Effekt, als jene der FED. Ihr primäres Verdienst war es, den Zusammenbruch der Währungsunion verhindert und den gestörten Transmissionsmechanismus in einigen Ländern zum Teil wieder hergestellt zu haben.

Disinflation und Deflationsrisiko im Euroraum ■ Seit mehr als einem Jahr sinkt die jährliche Inflationsrate und die Prognosen haben die Inflation laufend überschätzt. Im Juni lag die Inflationsrate bei 0,5%. Im Mai 2014 – für diesen Monat liegen Länderergebnisse vor – wurden negative jährliche Raten in Griechenland (-2,1, Portugal (-0,3%) und Zypern (-0,1%) gemessen. Es gibt nur mehr zwei Euroraum-Länder, die eine Inflationsrate verzeichnen, die höher als 1% ist, nämlich Österreich (1,5%) und Luxemburg (1,4%). Die

EZB unterschreitet somit das Preisstabilitätsziel von nahe, unter 2%.

In der Folge sind die für Investitionen relevanten Realzinsen (Nominalzinsen minus Inflationsrate) gerade in jenen Ländern am höchsten, die den größten Stimulus bräuchten. Dies sind auch jene Länder, die gezwungen wurden, ihre Verschuldung rasch zu reduzieren. Die Strategie der ‚internen Abwertung‘, eine elegante Umschreibung für Lohnkürzungen, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau erhöhte das Deflationsrisiko und unterminierte die Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen.

Die Inflationsdifferenziale zwischen den Ländern des Euroraums werden dadurch verstärkt, dass hohe Realzinsen in den Peripheriestaaten den Deflationstrend verstärken – über niedrigere Nachfrage.

Zwei sich gegenseitig verstärkende Mechanismen werden bei Deflation wirksam: Erwarten Konsumenten sinkende Preise, wird der Konsum verschoben; Unternehmen wiederum verschieben Investitionen in die Zukunft. Besonders relevant für hoch verschuldete Länder ist jedoch der sogenannte Fischer-Effekt. Deflation bedeutet, dass der reale Wert der Schulden steigt: Da der Schuldenstand nominell fixiert ist, müssen Haushalte und Unternehmen einen steigenden Teil ihres Einkommens für den Schuldendienst ausgeben.

In Erwartungen eines robusteren Aufschwungs hat die EZB lange Zeit gehofft, dass sich der Disinflationstrend umkehren würde. Argumente gegen weitere expansive Maßnahmen wurden unterschiedlich begründet. Zum einen findet sich immer wieder das Argument der Überschussliquidität, das zu Hyperinflation und Fehlallokation von Kapital führen würde. Weiters würde ein Aufkaufprogramm, z.B. für Staatsanleihen, die Finanzierungskosten für Staaten senken und somit Anreize erhöhen, weniger zu

sparen („moral hazard“). Auch fortschrittliche Ökonomen stehen der quantitativen Lockerung skeptisch gegenüber. Vermögenspreisblasen und eine weitere Umverteilung nach oben wären die Folge. Manche meinen, diese Maßnahmen seien ineffektiv, da Deflation der Ausdruck eines großen Ungleichgewichts zwischen Sparen und Investitionen sei, das sich in den Jahren der Austerität und der asymmetrischen Anpassung zwischen den Kernwährungsländern und der Peripherie aufgebaut habe. Nicht die Geldpolitik, sondern die Fiskalpolitik, höhere Löhne sowie gerechte Verteilung seien die richtigen Maßnahmen in dieser Situation.

Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik, um Wachstum und Beschäftigung im Euroraum zu fördern ■

1. Möglichkeit der Geldpolitik bei einem Zinssatz von nahe Null: Liegt der Notenbankzinssatz nahe Null stehen der Notenbank grundsätzlich zwei Optionen offen: quantitative und qualitative Lockerung der Geldpolitik.

Bei quantitativer Lockerung erwirbt die Notenbank ein breites Portfolio an öffentlichen (Sekundärmarkt) und privaten Wertpapieren (Primär- und Sekundärmarkt). Über verschiedene Kanäle beeinflusst dies Wachstum und Beschäftigung. Erstens steigt mit dem Wertpapierkauf dessen Preis und die Rendite sinkt. Damit sinken die Refinanzierungskosten für dieses Wertpapier. Indem zum Beispiel die Refinanzierungskosten für Staaten zurückgehen, senkt dies wiederum den Druck, weitere Konsolidierungsmaßnahmen setzen zu müssen. Schließlich überträgt sich dies auf andere Klassen von Wertpapieren, wobei Werte von Firmen, Häuser u.a. steigen, wodurch schließlich auch die aggregierte Nachfrage belebt wird. Schließlich führt quantitative Lockerung auch zur Abwertung der Währung, da durch die Senkung lang-





fristiger Zinsen Investments in den Euro weniger attraktiv werden.

Während Instrumente der quantitativen Lockerung effektiv gegen Deflationsgefahren eingesetzt werden können, sind jene der qualitativen Lockerung besser geeignet, um den stockenden Kreditfluss wieder zu beleben und somit den Transmissionsmechanismus der Geldpolitik wieder herzustellen. Gerade in jenen Ländern, die unter Kapitalabflüssen, einer Bilanzrezession, fragilen Bankbilanzen, höheren Zinssätzen und Deflation leiden, wurden die Kreditstandards seit 2008 laufend verschärft. Wenngleich die Kreditnachfrage aufgrund der Rezession schwach ist, zeigen Umfragen auch erhebliche Beschränkungen des Kreditangebots in diesen Ländern.

Die EZB hat am 5. Juni 2014 u.a. Instrumente der qualitativen Lockerung beschlossen. Sogenannte „Targeted Long Term Refinancing Operations“ werden die Banken mit längerfristiger Liquidität versorgen. Dies ist allerdings an die Kreditvergabe an Haushalte (ohne Wohnbaukredite) und Unternehmen geknüpft. Die technischen Details dazu werden derzeit ausgearbeitet. Gleichzeitig wurde der Zinssatz, mit dem sich die Banken bei der EZB Geld leihen von 0,25 auf 0,15% reduziert. Die Zinsen für Einlagen von Banken bei der EZB wurde erstmals negativ (-0,10%). Dies soll den Anreiz erhöhen, Liquidität nicht zu horten (z.B. bei der EZB), sondern in den Wirtschaftskreislauf zu geben. Die größte Wirkung hat die Maßnahme wahrscheinlich auf den Wechselkurs des Euro, der überbewertet ist.

Angesichts der drohenden Deflationsgefahr kann nur eine Kombination von quantitativer und qualitativer Lockerung den Euroraum wieder auf stetigem Wachstumskurs bringen. Quantitative Lockerung hat möglicherweise einen substanziellen Effekt auf den Wechselkurs des

Euro, der seit Mitte 2012 vis à vis den wichtigsten Handelspartnern aufgewertet hat – im wesentlichen eine Folge steigender Leistungsbilanzüberschüsse und Portfoliozuflüsse angesichts geopolitischer Spannungen. Zusätzlich zum Ankauf von Staats-, Unternehmens- und Bankenanleihen könnte die EZB auch Anleihen der Europäischen Investitionsbank aufkaufen, das wiederum ein großes Investitionsprogramm in Europa finanzieren könnte.¹

2. Grenzen expansiver Geldpolitik: Die zuvor diskutierten Instrumente quantitativer und qualitativer Lockerung sind nur dann effektiv, wenn sie mit einer Reihe anderer Maßnahmen und letztlich einer an den Zielen von Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten neuen Koordinierungsarchitektur kombiniert werden. Das Hauptproblem ist, dass die Ersparnisse (insbesondere des Unternehmenssektors) viel zu hoch sind und dass die Unternehmen dennoch zu wenig investieren, weil vor allem die Nachfrage zu gering ist. Maßnahmen, die helfen, den Überschuss an Ersparnissen zu reduzieren, sind zum Beispiel ein öffentliches Investitionsprogramm sowie eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Letzteres ist auch deshalb wichtig, da einige der expansiven geldpolitischen Maßnahmen Vermögende begünstigen, während die kleinen Sparer durch das niedrige Zinsniveau eher verlieren. Hier ist allerdings zu erwähnen, dass das reale Zinsniveau nicht nur im Zuge der Krise (in Österreich seit 2010), sondern auch in der Vergangenheit in vielen Jahren negativ war – wie zum Beispiel in den 1970er und Mitte der 1980er Jahre – da die Inflationsrate deutlich höher war.

Eine zweite, mit dem Phänomen der Überschussersparnis in Zusammenhang liegende Schwachstelle ist, dass die Anpassung im Zuge der Krise bislang asymmetrisch erfolgt ist. Die südlichen Länder haben über Fis-

Die Politik müsste die geldpolitischen Maßnahmen mit öffentlichen Investitionen und einer Umverteilung der Einkommen und Vermögen unterstützen.

kalkonsolidierung und Lohnmoderation bzw. -senkung die Leistungsbilanzdefizite stark reduzieren können. Die Kernwährungsländer, allen voran Deutschland, erzielen weiterhin hohe Leistungsbilanzüberschüsse. Wären die Kernwährungsländer expansiver, würde das die Anpassung in der Peripherie erheblich erleichtert.

Resümee ■ Weitgehendere Maßnahmen der EZB und anderer Bereiche der Wirtschaftspolitik sind notwendig, um der Deflationsspirale entgegenzuwirken. Seit Anfang 2013 verfehlt die EZB ihr Preisstabilitätsziel von ‚unter, aber nahe 2%‘.

Instrumente der qualitativen und quantitativen Lockerung (z.B. Aufkauf von Staatsanleihen) können nur dann effektiv sein, wenn sie mit einem öffentlichen Investitionsprogramm und einer Umverteilung der Einkommen und Vermögen kombiniert werden. Erst dann lässt sich wieder ein Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren herstellen. Weiters ist das Preisstabilitätsziel von ‚unter, aber nahe 2%‘ zu niedrig. Ein höheres Inflationsziel könnte die Entschuldung erleichtern und es würde von den Gläubigern zu den Schuldern umverteilt; die Anpassung der Peripherieländer wäre ebenso weniger schmerzhaft. Der Umstand, dass die EZB das Preisstabilitätsziel selbst definieren kann, ist unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten problematisch und zu hinterfragen. Angesichts von beinahe 20 Millionen Arbeitslosen im Euroraum umso mehr.

Elisabeth Blaha ■ Ökonomin in Wien

1) Siehe Varoufakis, Y., Holland, S. und J.K. Galbraith: "A Modest Proposal for Resolving the Eurozone Crisis - Version 4.0. <http://yanisvaroufakis.eu/euro-crisis/modest-proposal/>

Was hat die Krise in Europa mit Deutschland zu tun?

Deutschland und Europa – eine schicksalshafte Beziehung¹

Aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Stärke hängt die Zukunft der Eurozone wesentlich von Deutschland ab. Diese Rolle muss Deutschland erst noch lernen.

Noch vor einigen Jahren war das Land ein Gegenstand der Untergangsliteratur: Der britische Economist sah Deutschland im Dezember 2002 als „kranken Mann Europas“. Bücher wie „Ist Deutschland noch zu retten?“ (2003), „Deutschland – Abstieg eines Superstars“ (2004), oder „Die Basar-Ökonomie“ (2005) bestimmten die öffentliche Debatte. Heute steht Deutschlands Exportstärke am Pranger, weil sie die makroökonomischen Ungleichgewichte in der Eurozone verschärft. Auch die von Deutschland propagierte Austeritätspolitik wird massiv kritisiert. Was muss sich ändern?

Norbert Tempel

Zuallererst sollten wir mit den gegenseitigen Schuldzuweisungen aufhören, die Europa nicht voranbringen. Natürlich stimmt es, dass die heutigen Krisenländer von der Gründung der Währungsunion besonders profitiert haben – durch niedrige Zinsen auf ihre Staatsanleihen und Privatkredite und anhaltend fließende Milliarden aus den EU-Strukturfondsmitteln. Man darf mit Recht fragen, warum sie es nicht geschafft haben, einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen.

Aber natürlich ist auch die Schuldzuweisung der Krisenländer an die Adresse Deutschlands nicht abwegig. Mit Lohndumping und einem ausufernden Niedriglohnsektor hat es sich Wettbewerbsvorteile erkaufte und damit die Verschuldungsspirale im Süden in Gang gebracht. Und es ist aktuell die deutsche Volkswirtschaft, die vom Zinsabschlag im Vergleich zur Eurozone auch noch von der Krise der anderen profitiert.

Die deutsche Bundesregierung hat den Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der Krise in Europa in der Hand.

Diese Schuldzuweisungen tragen alle einen Kern an Wahrheit, aber sie bringen uns nur weiter, wenn wir daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen:

- Auch ohne Finanzkrise wäre die Eurozone aufgrund der wachsenden Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen Defizit- und Überschussländern in eine existenzielle Krise geraten.
- Die Ungleichgewichte müssen auch über ein stärkeres Nachfragewachstum in den Überschussländern korrigiert werden. Dies hängt unmittelbar mit der Frage der Löhne, der Verteilungspolitik und öffentlichen Investitionen zusammen.

Was hat das alles mit Deutschland zu tun? Mehr als den meisten Deutschen wahrscheinlich bewusst ist. Ich glaube, dass die neue deutsche Bundesregierung den Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der Krise in Europa in der Hand hat, wenn sie zwei zentrale Herausforderungen der Eurokrise – Überwindung der Leistungsbilanz-Ungleichgewichte und Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion – als gemeinsam zu bewältigende und lösende Aufgabe begreift.

Deutschland leidet nicht an Exportwahn, sondern an einem Investitionsstau ■

Über die Ursachen der Exportstärke wird unter ExpertenInnen heftig gestritten. Natürlich spielt die Reallohnstagnation eine Rolle, auch wenn im Exportsektor selbst gute Löhne gezahlt werden. 2010 waren laut Berechnungen des ifo-Instituts von den ca. 40,5 Mio. Beschäftigten in Deutschland über 23 % (in absoluten Zahlen 9,3 Mio) direkt und indirekt vom Export abhängig.² Interessant wäre eine Untersuchung, inwieweit die Löhne hier insgesamt differenzieren. Mit Sicherheit fließen in die deutschen Exportprodukte viele billige Vorleistungen aus niedrigentlohnten inländischen Sektoren ein, so dass der Vorwurf, Deutschland habe seine internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnzurückhaltung verbessert, sicherlich stimmt (Stichwort: Agenda 2010). Noch mehr stimmt allerdings, dass die Abweichung zum Rest der Eurozone vor allem importseitig war.

Aber Deutschland hat auch etwas gemacht, das seit dem Jahr 2000 ein Kernziel der EU ist: die Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionen für Forschung, Entwicklung und Innovation auf 3 % des BIP ➤



(dieses Ziel gilt auch im Rahmen der EU-2020-Strategie). Deutschland bewegt sich seit 2000 auf einem hohem Niveau (2,47%–2,84% des BIP) und wird im EU-Vergleich nur von Dänemark, Finnland und Schweden überholt. Das ist eine weitere Erklärung für die starke Exportperformance Deutschlands.

Verspätet hat sich erstmals auch die Europäische Kommission mit dem deutschen Leistungsbilanzüberschuss und seinen problematischen Kehrseiten befasst. Im Rahmen des neuen Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte wurde Deutschland erstmals Gegenstand einer „vertieften Prüfung“ der Kommission, um „die Natur des deutschen Leistungsbilanzüberschusses, die konkreten Gründe für dessen Höhe und dessen Fortbestehen sowie die Rolle, die nationale Maßnahmen bei der Förderung der Inlandsnachfrage spielen können, zu beurteilen“. Das am 5. März 2014 von der Kommission vorgestellte Prüfungsergebnis geht mit Deutschland „sehr behutsam“ um und stuft das festgestellte Ungleichgewicht als nicht „exzessiv“ ein (somit droht Deutschland kein Verfahren). Aber Deutschland bleibt weiter am Radar der Kommission, die in ihrem Bericht darauf verweist, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss nicht nur die hohe Wettbewerbsfähigkeit widerspiegelt, sondern auch Zeichen eines anhaltend gedämpften Binnenwachstums sei.

Die deutsche Bundesregierung wird zu diesem Bericht Stellung beziehen müssen und könnte argumentieren, dass die deutschen Exporte zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus zuvor

Die problematischen Kehrseiten des deutschen Leistungsbilanzüberschusses sind auch in Brüssel ein Thema.

importierten Vorprodukten bestehen und somit auch viele Länder an der deutschen Exportstärke partizipieren. Schützenhilfe für dieses Argument bekommt sie dabei interessanterweise ausgerechnet von jenem Wirtschaftsforschungsinstitut (ifo), dessen Leiter Hans-Werner Sinn vor Jahren mit der höchst umstrittenen These von der „Basar-Ökonomie Deutschland“ aufhorchen ließ. Die Basar-Hypothese besagt laut Sinn, „dass immer mehr deutsche Industrieunternehmen arbeitsintensive Teile ihrer Wertschöpfungsketten in ausländische Niederlassungen verlagern oder bei Zulieferern aus dem Ausland kaufen, um dadurch den hohen deutschen Lohnkosten zu entkommen“. Dies wiederum sei schlecht für den Arbeitsmarkt und das Wirtschaftswachstum. Nun hilft gerade dieser Basareffekt Deutschland in seiner Auseinandersetzung mit den Kritikern dieses Wirtschaftsmodells. In einer im März 2013 veröffentlichten Analyse zum Wertschöpfungsgehalt des Außenhandels kommen ifo-Experten zum Ergebnis, dass bei Berücksichtigung der importierten Vorleistungen die Exportüberschüsse Deutschlands gegenüber zahlreichen Ländern der EU beträchtlich schrumpfen würden.³

Aber die Kommission legt den Finger auch auf den wunden Punkt des deutschen Leistungsbilanzüberschusses, denn dieser bedeutet letztlich auch, dass die inländischen Ersparnisse über die Binneninvestitionen hinausgehen und somit Kapital ins Ausland exportiert wird anstatt es im Land zu investieren und damit inländische Nachfrage zu erzeugen, die wiederum zu mehr Importen führen würde. Nicht die Exporte sind das Problem, sondern die mangelnden Importe. Um dieses Problem zu entschärfen, muss die Binnennachfrage in Deutschland forciert werden – durch eine entsprechende Lohn- und Verteilungspolitik und die Beseitigung des Investitionsstaus, der mittler-

weile zukunftsbedrohende Ausmaße angenommen hat. Vor allem in den Bereichen Energie, Verkehrsinfrastruktur und Bildung sehen Experten in Deutschland einen riesigen Nachholbedarf an staatlichen und privaten Investitionen.

Der wichtigste Beitrag Deutschland zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte im Europa sind Maßnahmen zur Förderung der Binnennachfrage.

Der wichtigste Beitrag Deutschlands zum Abbau der Leistungsbilanz-Ungleichgewichte im Euroraum ist die Beseitigung der Investitionsschwäche und eine entsprechende Lohnpolitik (insb. auch die Einführung eines Mindestlohns), wodurch das Wachstum in Deutschland gestärkt und gleichzeitig ein wichtiger Wachstumsimpuls für Europa gesetzt würde. Vom dem letztlich auch Deutschland profitieren würde: Denn der gesamte EU-Binnenmarkt ist für 86% der Gesamtnachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus Deutschland verantwortlich, Europa insgesamt für 90%. Der Rest der Welt trägt 10% zur deutschen Gesamtnachfrage bei, China allein lediglich 2% und liegt damit gleichauf mit der Nachfrage aus Österreich.⁴ Die Entwicklung des EU-Binnenmarkts mit seinen 500 Mio. KonsumentenInnen mit dem Ziel der Erhöhung der Nachfrage ist und bleibt der wichtigste Rahmen für die Schaffung von Wohlstand in Deutschland und Europa!

Sixpack, Twopack, Fiskalpakt – was wollt Ihr noch? ■ Nicht zuletzt auf Druck Deutschlands ist die Wirtschafts- und Währungsunion seit 2010 in einem Ausmaß vertieft worden, wie es noch vor wenigen Jahren undenkbar schien. Mit Sixpack (u.a. stärkerer Fokus auf »

»

Staatsschulden, neues Verfahren zur Überwachung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte), Twopack (noch strengere Überwachung) und Fiskalpakt (gesetzlich verankerte Schuldenbremse auf nationaler Ebene) wurde ein bürokratischer haushaltspolitischer Regelmechanismus vertieft, dessen Auswirkungen erst langsam in das Bewusstsein der Menschen sickern. Der harte Austeritätskurs, der gegenüber den Mitgliedstaaten, die finanzielle Hilfe erhalten, sowie im Rahmen des verschärften Regelwerks der wirtschaftspolitischen Steuerung gegenüber allen Euro-Staaten durchgesetzt wird, reduziert die Binnennachfrage, erstickt das

Nicht zuletzt auf Druck Deutschlands ist die Wirtschafts- und Währungsunion seit 2010 in einem Ausmaß vertieft worden, wie es noch vor wenigen Jahren undenkbar schien.

Potenzial für Wachstum und Beschäftigung und führt zudem auch zu einem Verfehlen der Haushaltsziele.

Dennoch will die deutsche Bundesregierung mehr. Seit Monaten forciert sie auf europäischer Ebene die Einführung sogenannter Wettbewerbsverträge.⁵ Im Kern geht es darum, jene Mitgliedstaaten stärker an die Leine zu nehmen, die bisher noch nicht einer verschärften Kontrolle durch Brüssel unterliegen. Dabei drohen schon jetzt den Mitgliedstaaten massive Eingriffe in ihren wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum:

■ Mitgliedstaaten, die Finanzhilfen aus dem ESM (Europäischen Stabilitätsmechanismus, bzw dessen Vorläufer ESFS) erhalten, unterliegen einem makroökonomischen

Anpassungsprogramm, das von der Troika aus Kommission, EZB und IWF überwacht wird und massive Einschnitte in die Sozialsysteme, Abbau von ArbeitnehmerInnenrechte und Eingriffe in die Lohnpolitik beinhaltet.

■ Mitgliedstaaten im Defizitverfahren müssen ein Wirtschaftspartnerschaftsprogramm vorlegen. In diesem Programm muss dargelegt werden, mit welchen konkreten Strukturreformen (beispielsweise in Bereichen wie Altersversorgung, Steuern oder Gesundheitswesen) das Staatsdefizit korrigiert werden soll.

■ Im Rahmen des neuen Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten kann Mitgliedstaaten ein Korrekturmaßnahmenplan auferlegt werden.

Mitgliedstaaten, die Gegenstand dieser Verfahren sind, unterliegen nicht nur einer verschärften Kontrolle seitens Brüssels. Bei Nichteinhalten der Vorgaben könnten Sanktionen bis zu 0,5% des BIP verhängt werden. Zudem können Sanktionen früher greifen und schrittweise verschärft werden. Die Programmländer stehen unter dem Damoklesschwert der Einstellung der Finanzhilfen. Zudem weisen diese neuen Instrumente nicht nur hinsichtlich ihrer ökonomischen, sondern auch in Bezug auf ihre demokratische Qualität, schwere Mängel auf.

Aber das reicht den deutschen Hardlinern noch immer nicht. Es stört Berlin, dass es noch etliche Mitgliedstaaten gibt, die durch die engmaschige Kontrolle der Kommission schlüpfen. Zwar gibt es im Rahmen des Europäischen Semesters die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission, diese haben aber bis dato einen unverbindlichen Charakter. Und genau diese Lücke soll nun geschlossen werden – mit vertraglich-

Die neuen Fiskalregeln im Rahmen des Sixpack, Twopack und Fiskalpakts zwingen die EU-Staaten zu einem restriktiven Budgetkurs, der sich negativ auf das Wirtschaftswachstum und damit die Rückführung der Schulden auswirkt.

chen Vereinbarungen der Kommission mit den Mitgliedstaaten, in denen verbindliche Strukturreformen u.a. im Bereich der Lohnentwicklung, des Arbeitsmarkts, des Pensionssystems und der Effizienz des öffentlichen Sektors festgelegt werden. Mit einem finanziellen Anreizsystem, dessen konkrete Ausgestaltung noch ziemlich unausgegoren ist, soll den Mitgliedstaaten dieser neue Vertiefungsschritt der WWU „schmackhaft“ gemacht werden. Abgesehen davon, dass es dafür derzeit keine entsprechende Rechtsgrundlage gibt: Mit welchem Recht greift Brüssel krakenhaft nach allen Politikbereichen auch in jenen EU-Staaten, die keinem Defizitverfahren unterliegen, keine EU-Finanzhilfen erhalten bzw keine Schwellenwerte im Rahmen der makroökonomischen Ungleichgewichte verletzen?

Vor diesem Hintergrund ist es sehr positiv, dass der Europäische Rat im Dezember 2013 vorläufig die Stopp-taste gedrückt und die Entscheidung über die Einführung dieses neuen Instruments auf Oktober 2014 verschoben hat. Zu hoffen ist, dass der wachsende Widerstand Berlin letztlich zum Umdenken zwingt. Wir brauchen keine Wettbewerbspakte, sondern mehr Zukunftsinvestitionen.

Das fehlende Glied im „deutschen Masterplan“ ■ Deutschland sitzt in einer „selbstgemachten Falle“. Es hat die strengen Fiskalregeln durchgesetzt, sein Konzept der Schuldenbremse über den Euroraum gestülpt und gleichzeitig – wenn anfangs »

»

auch nur widerspenstig – Milliarden an Haftungen im Rahmen der Europäischen Stabilisierungsmechanismen (EFSF, ESM) übernommen. Fakt ist: Mit den Rettungspaketen, der EFSF und dem ESM hat die europäische Integration eine neue Qualität erreicht. Auch wenn die Mittel bislang sämtlich als Kredite vergeben wurden und im Normalfall zurückgezahlt werden, wären Zahlungsausfälle auch für Deutschland nicht irrelevant. Eine Auflösung der Währungsunion, wie von verschiedener Seite prognostiziert oder als Lösung empfohlen, hätte für Deutschland unkalkulierbare Auswirkungen, die zudem noch weit über diese direkten finanziellen Risiken hinausgehen.

Warum Falle? Weil die neuen Fiskalregeln im Rahmen des Sixpack, Two-pack und Fiskalpakts die EU-Staaten zu einem restriktiven Budgetkurs zwingen, der sich negativ auf das Wirtschaftswachstum und damit die Rückführung der Schulden auswirkt. Im worstcase könnten damit erst recht die Haftungen fällig werden.

Wie kann Deutschland dieser Falle entkommen? Indem wir rasch handeln und die Economic Governance so umgestalten, dass Haushaltskonsolidierung und Förderung der Binnennachfrage gemeinsam im Fokus stehen. Die EU-Staaten brauchen beispielsweise ausreichend Spielraum für öffentliche Zukunftsinvestitionen. Nur so entkommt Deutschland der Falle und trägt damit gleichzeitig zum Abbau der Leistungsbilanz-Ungleichgewichte bei.

Die neue Bundesregierung scheint sich zumindest der Bedeutung von Investitionen bewusst zu sein. Kaum ein anderer Begriff kommt im Koalitionsvertrag so häufig vor. Schön ist vor allem dieser Satz: „Um Europa zukunftsfest zu machen, brauchen wir höhere Investitionen etwa in Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Verkehr, transeuro-

Die Economic Governance muss so umgestaltet werden, dass Haushaltskonsolidierung und Förderung der Binnennachfrage gemeinsam im Fokus stehen: Europa braucht mehr Investitionen in die Zukunft.

päische Netze, digitale Medien oder Breitbandversorgung, Bildung sowie Forschung und Entwicklung ebenso wie notwendige Strukturreformen“. Das Problem ist, dass sie kein schlüssiges Konzept hat, wie diese Investitionen finanziert werden sollen. Das ist das fehlende Glied im „deutschen Masterplan“, falls es einen solchen jemals überhaupt gegeben hat.

Wie kommen wir in diesem von den neuen Fiskalregeln definierten restriktiven Haushaltsumfeld zu höheren Investitionen? Dazu gibt es zwei Wege:

Der erste Weg ist die Ausschöpfung des auch im geltenden Haushaltsrahmen vorhandenen Spielraums für ein sofortiges budgetneutrales Wachstumsprogramm. Gemeint ist die Möglichkeit, die Staatsausgaben für öffentliche Investitionen zu erhöhen, wenn diese Erhöhung durch einnahmeseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen wird. Damit ist direkt die Verteilungsfrage angesprochen. Gefordert ist jetzt eine Politik der Mitgliedstaaten, die eine koordinierte Vorgehensweise insbesondere bei den Steuern auf Vermögen, Spitzeneinkommen, Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen entsprechend umsetzt, um damit die notwendigen Ressourcen für eine expansive Wachstums- und Beschäftigungspolitik zu schöpfen. Selbst der IWF sieht in vielen entwickelten Nationen, insbesondere auch Deutschland, Spielräume, um mehr Einnahmen an der Spitze der Einkommensverteilung zu erzielen. Das gilt auch für die Krisenländer. Weitere Ressourcen zur Finanzie-

rung öffentlicher Investitionen können durch die rasche Einführung der geplanten Finanztransaktionssteuer und wirksame Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sichergestellt werden.

Der zweite Weg ist die Einführung einer „Goldenen Regel der Finanzplanung“, d.h. dass die Neuverschuldung für wertschaffende öffentliche Investitionen von den Fiskalregeln nicht mehr verhindert wird. Begründung: von diesen Investitionen profitieren auch zukünftige Generationen, daher ist es gerechtfertigt, diese an deren Finanzierung zu beteiligen. Sinnvolle Anwendungsbereiche für die Golden Rule gibt es bei ökologischen (Stichwort: Klimawandel) und sozialen Investitionen (z.B. Kinderbetreuung).

Eine nachhaltige Lösung der Euro-Krise liegt nicht nur in deutscher Hand. Aber ohne Deutschland gibt es keine Lösung.

Norbert Tempel ■ AK Wien
norbert.tempel@akwien.at

- 1) Der Beitrag wurde am 6.6.2014 in einer etwas längeren Fassung auch auf www.gegenblende.de veröffentlicht.
- 2) Ifo Schnelldienst 21/2011, Zur Lage der deutschen Exporte.
- 3) Aichele, Felbermayr, Heiland: „Der Wertschöpfungsgehalt des Außenhandels: Neue Daten, neue Perspektiven“, ifo-Schnelldienst 5/2013, 14. März 2013
- 4) Vgl Feigl, Georg, Zuckerstätter, Josef: Wettbewerbs(des)orientierung. In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 177, September 2012
- 5) Vgl <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/markt-konform-statt-rechtskonform-merkels-er-neuerter-versuch-zur-neoliberalen-dressur-europas-durch-wettbewerbspakte/>

Piketty in Wien

Plädoyer für eine Vermögenssteuer

Thomas Piketty präsentierte sein Buch „Capital in the 21st Century“ in der Arbeiterkammer.¹ Zentrale Aussage: Vermögenssteuern sind nicht nur eine Frage des ökonomischen Hausverstandes, sondern sichern unser demokratisches System. Der neue internationale Trend gehe auch in diese Richtung; das könne den Weg zurück zu einer ungleichen Verteilung wie vor dem Ersten Weltkrieg blockieren.

Miriam Rehm

Exzellente Daten ■ Der Erfolg des Volkswirtschaftsprofessors Thomas Piketty basiert auf hochqualitativer, akribischer Datenarbeit in einem Team mit anderen berühmten Ökonomen wie Emanuel Saez und Sir Tony Atkinson. Was langjährige Zeitreihen zu Verteilungsentwicklung angeht, ist die weltweite Datenbank² bisher unübertroffen. Die Qualität zeigte sich in der medialen Debatte mit der Financial Times, die kläglich mit dem Versuch scheiterte, Pikettys Daten anzuzweifeln.³

Piketty ist ein waschechter Empiriker. Er zeigt mit den verfügbaren Daten, dass die herrschende Ideologie in der Ökonomie, die neoklassische Theorie, fehlgeleitet ist und viele Löcher aufweist. Auch bei der Präsentation am 4. Juli in der Arbeiterkammer machten Daten und Fakten zur steigenden Ungleichheit das Herzstück seiner Präsentation aus.⁴

Seine Zahlen belegen, dass das Verhältnis von Vermögen zu Einkommen

Piketty macht exzellente, akribische Datenarbeit

im Begriff ist, wieder auf ein Niveau wie am Ende des 19. Jahrhunderts zu steigen. Das Problem daran ist, dass diese Entwicklung mit einer extremen Ungleichheit bei Vermögen, aber auch mit steigender Konzentration der Einkommen, einhergeht.

Richtige Frage – Ungleichheit ■

Piketty hat dieses zentrale Problem unserer Zeit erkannt. Datenarbeit braucht immer ein Ziel, und sein Fokus auf Verteilungsgerechtigkeit trifft einen Nerv in dieser Phase von Massenarbeitslosigkeit, Bankenrettungen, Defizitregeln und Sozialstaatsabbau. Dass wenige immer reicher werden, brennt vielen Menschen unter den Nägeln. Piketty dokumentiert, dass die heutige Gesellschaft Gefahr läuft, durch die Dominanz von ererbtem Vermögen gegenüber erarbeitetem Vermögen zu verkrusten⁵ und sozialen Aufstieg durch Arbeit und Leistung unmöglich zu machen.

Den Grund dafür sieht Piketty in einer explosiven Tendenz im Kapitalismus, konkret dem Unterschied zwischen Vermögensrenditen (r) und Wirtschaftswachstum (g). Wenn erstere größer sind, dann müssen Vermögende nur wenig sparen, und werden trotzdem immer höhere Vermögen anhäufen. Durch höhere Renditen auf große Vermögen wird dieser Teufelskreis der Vermögenskonzentration noch verstärkt.

Empirisch war die Ungleichheit $r > g$ laut Piketty über den Großteil der Neuzeit auch tatsächlich der Fall – die Ausnahme ist vor allem das 20. Jahrhundert. Der Grund sind einerseits katastrophale Ereignis-

se wie die zwei Weltkriege und die Krise der Zwischenkriegszeit, andererseits aber auch die Nachkriegszeit mit hohem Wachstum und starker staatlicher Umverteilung. Pikettys Schlussfolgerung: Wenn die Politik nicht aufwacht, riskieren die Hochinkommensländer soziale Unruhen.

In seinem Buch betont Thomas Piketty daher immer wieder, wie wichtig die politischen Rahmenbedingungen und die demokratische Meinungsbildung für eine Umkehr dieser Entwicklung sind. Wie er in seinem Vortrag unter Beweis stellte, macht er es sich dabei selbst zur Aufgabe, Teil dieses demokratischen Prozesses zu

Das Problem ist der Teufelskreis der steigenden Vermögenskonzentration.

sein: Piketty hat alle seine Forschungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht,⁶ und er gibt nicht vor die Welt zu erklären, sondern er lädt zu einer faktenbasierten Diskussion ein. ➤

1) <http://wien.arbeiterkammer.at/piketty> (Video der Veranstaltung und Links zum Nachlesen)

2) <http://topincomes.paris-schoolofeconomics.eu/>

3) <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/attaque-piketty/>

4) <http://piketty.pse.ens.fr/files/Piketty2014Capital21cVienna.pdf>

5) <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/erbschaften-der-gesellschaft-der-ungleichen/>

6) <http://piketty.pse.ens.fr/en/>

7) <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/warum-eine-globale-vermoegenssteuer-hilft-die-ungleichheit-zu-verringern/>

8) AK-Broschüre zu den Top-Vermögen und -Einkommen: <http://wien.arbeiterkammer.at/top-vermoegen>



Eine Frage des Hausverständes: Vermögenssteuer ■

Piketty plädiert für eine Vermögenssteuer, am besten weltweit oder in Europa:⁷ Wenn die eine Steuergrundlage (Arbeit) schrumpft, und die andere (Vermögen) wächst, dann ist es eine Frage des Hausverständes, letzteres stärker zu besteuern. Sein Vorschlag geht weit über die bisher in Österreich diskutierten Steuersätze hinaus. Vermögen bis 200.000 Euro sollen beispielsweise bereits mit 0,1% besteuert werden und jene zwischen 200.000 bis 1 Million Euro mit 0,5%. Für den Teil des Vermögens über einer Million Euro wäre 1% fällig, ab 5 Mio. Euro 2%, und ab 1 Mrd. Euro schließlich 5–10%.

Dazu will Piketty hohe Steuersätze für die allerhöchsten Einkommen, die nicht mehr von der Leistung und Produktivität dieser Personen abhängen. Wirtschaftlich effizient sei ein Höchststeuersatz von über 80%.

Mit der Einführung dieser Steuern könne auch auf nationaler Ebene begonnen werden. Am Beispiel der konservativen Regierung in Großbritannien erklärte er in der abschließenden Fragerunde, dass die Tendenz unabhängig von links oder rechts auch in diese Richtung geht. Österreich wird in Pikettys Buch nur einmal erwähnt – unrühmlich im Zusammenhang mit dem Bankgeheimnis. Eine Vermögenssteuer würde

Link

Piketty am A&W-Blog
<http://blog.arbeit-wirtschaft.at/warum-eine-globale-vermoegenssteuer-hilft-die-ungleichheit-zu-verringern/>
<http://wien.arbeiterkammer.at/piketty>

nicht nur die extrem ungleiche Vermögensverteilung bremsen,⁸ sondern könnte auch die Steuerentlastung von Arbeit mitfinanzieren, und Informationen über die Verteilung von Vermögen bringen – alles Forderungen, denen Piketty zustimmt.

Miriam Rehm ■ AK Wien
miriam.rehm@akwien.at

blog.arbeit-wirtschaft.at

blog.arbeit-wirtschaft.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Dazu bringen engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.

Anklicken:
blog.arbeit-wirtschaft.at
twitter.com/AundW
facebook.com/arbeit.wirtschaft



Wer regiert wirklich in Brüssel?

Europas Drahtzieher

Cerstin Gammelin, Europakorrespondentin der Süddeutschen, und Raimund Löw, Brüssel-Korrespondent des ORF, versuchen Licht ins Dunkel der EU-Politik zu bringen: darüber wer in Brüssel wirklich regiert und die Strippen hinter den weitreichenden Beschlüssen der EU zieht.

Valentin Wedl

Im Zentrum ihrer Analyse stehen die Entscheidungen im machtvollsten und wahrscheinlich intransparentesten Organ der EU: dem (Europäischen) Rat, in dem die unterschiedlichen Positionen der 28 Mitgliedstaaten regelmäßig auf einen Nenner oder zumindest auf entscheidungsfähige Mehrheiten gebracht werden müssen. Ausgehend von den bisweilen eigentümlichen Allianzen im Rat streifen Löw und Gammelin in ihrer Tour d'Horizon jene Themen, deren nähere Kenntnis zum besseren Verständnis der europäischen Politik beitragen kann: Dazu zählt eine gute Aufarbeitung des Desasters der europäischen Bankenrettung ebenso wie die Hervorhebung der zentralen Rolle Deutschlands mit seinem orthodox anmutenden wirtschaftspolitischen Grundverständnis in der gesamten Krisenbearbeitung. Dabei lassen die AutorInnen auch nochmals die gelungenen Winkelzüge Frankreichs nach der Machtübernahme Hollandes Revue passieren, als im Bündnis mit den italienischen und spanischen Regierungschefs wesentliche Elemente der so genannten Bankenunion gegenüber der deutschen Position durchgesetzt werden konnten.

Im Hinblick auf die Überzeugungsarbeit gegenüber der deutschen Spar- und No-Bail-Out-Philosophie spricht das Buch auch zahlreiche Interventionen der Obama-Administration an – angesichts der seinerzeitigen auch in höchsten Kreisen grassierenden Verschwörungsmymen, das Dollarimperium würde die Eurozone beschädigen wollen, kann dieser Punkt auch heute noch nicht genug gewürdigt werden.

Die LeserInnen finden ferner interessante Auseinandersetzungen mit der Übermacht der Wirtschaftslobbyisten ebenso wie mit einigen Konzepten eines „sozialen Europas“ (ua der angedachten EU-weiten Arbeitslosenversicherung) bis hin zur Utopie der Vereinigten Staaten von Europa.

Vieles in dem Werk mag gewiss den ExpertInnen in EU-politischen Fragen keineswegs unbekannt sein. Manches wiederum erstaunt vermutlich auch Insider. Dazu zählt etwa der recherchierte Umstand, dass einst Sarkozy, Merkel und die anderen Regierungschefs nicht ernsthaft von der Ankündigung Papandreous überrascht sein konnten, eine Volksabstimmung über die Sparmaßnahmen und den Verbleib Griechenlands in der Eurozone abzuhalten.

Ob man durch die Lektüre nun die echten Strippenzieher der europäischen Politik identifizieren kann, muss freilich bestritten werden. Denn ein politischer Blick müsste anstelle der Fixiertheit der AutorInnen auf „nationale Interessen“ und vorgebliche Charaktermerkmale ihrer ProtagonistInnen (etwa der mutmaßliche „Egoismus“ der Staats- und Regierungschefs) tiefer gehen. Gammelin und Löw unterlassen es jedoch, jene Interessen und Legitimationszusammenhänge gebührend miteinzubeziehen, die die VerhandlerInnen in ihrem Rucksack mittragen, ganz zu schweigen von einer inhaltlichen Aufarbeitung der unterschiedlichen Verhandlungspositionen nach konservativen/progressiven Politikmustern, die die Auseinandersetzung um die europäische Politik ebenso entscheidend prägen.



Buch-Tipp

Europas Drahtzieher – Wer in Brüssel wirklich regiert Econ-Verlag, Berlin, 2. Auflage 2014

Zu den Autoren: Cerstin Gammelin, geb. 1965, seit 2008 Europa-Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung in Brüssel.
Dr. Raimund Löw, geb. 1951, berichtet seit 2007 für den ORF als ORF-Büroleiter aus Brüssel und moderiert auf ORF III die Diskussionsendung „Inside Brüssel“

So verwundern etwa abwertende Ausführungen über den belgischen Premierminister Elio Di Rupo, der – so die AutorInnen – „in der Sache richtige und dem Interesse der Gemeinschaft dienliche wirtschaftliche Maßnahmen wegen nationaler Interessen“ (S. 53) abblockt. In Wahrheit wies er nebst anderen PolitikerInnen jene völlig unsinnigen Empfehlungen der Kommission zurück, die das relativ gewerkschaftsfreundliche Lohnfindungssystem in Belgien (automatische Lohnindexierungen) anprangerten. Vermutlich tappen Gammelin und Löw hier in die ewig gleiche Falle der unreflektierten Euphoriker, die auch noch so verfehlte Empfehlungen der EU-Kommission (wie z.B. zur weiteren Schwächung der Gewerkschaften) mit der unbestrittenen Sinnhaftigkeit einer besseren Integration der EU, insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion, vermischen.

Ein Glück für die treuen LeserInnen dieses infobriefs, gegen derartige Fehldeutungen grundimmunisiert zu sein.

Valentin Wedl ■ AK Wien
 valentin.wedl@akwien.at

EU-Infobrief: Europa und Internationales in kritischer und sozialer Perspektive – kostenlos beziehen



Bestellen!

Unter <http://wien.arbeiterkammer.at/infobrief-bestellen> können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.

Der EU-Infobrief erscheint 5x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

